

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

298 (23.12.1931)

Volkstreuend

50. JAHR

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE SÜDBADENS

Anzeigenpreise Die 10 getragene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Kleinanzeigen 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Abrechnung des Monatsjahres, bei geschäftlicher Verbindung nach dem besten angebotenen Tarif o. Veranschlagung und Geschäftsbedingungen 1.2. o. Schrift der Verlags-Anstalt 4 Uhr vorzulegen.

Untere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wander / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der

Abonnementpreise monatlich 1,70 Mark, vierteljährlich 4,10 Mark, halbjährlich 7,50 Mark, jährlich 13,50 Mark. Einzelhefte 10 Pfennig. Geschäftsstelle: Redaktion: Karlsruhe 1, 2, Waldstraße 28. o. Jernstr. 7020/7021. o. Postfach 1111. o. Postfach 2050. Karlsruhe. o. Geschäftsstelle: Durlach, Hauptstr. 9. D. Baden. Jaghhausstr. 12. Rastatt. Rastattstr. 2. Offenburg. Republikstr. 8.

Nummer 298 Karlsruhe, Mittwoch, den 23. Dezember 1931 51. Jahrgang

Der Stuttgarter Schloßbrand

Furchtbares Einsturzglück / Schwere Opfer der Feuerwehr / Gewaltige Schäden

Stuttgart, 22. Dez. (Eig. Meldung.) Das Brandunglück des Alten Schlosses ist leider noch immer nicht abgeschlossen, es hat vielmehr am Dienstag vormittag kurz nach elf Uhr neue, hoffentlich die letzten Opfer gefordert. Um diese Zeit fürzten die Obergeschosse eines Teils des südlichen Flügels gegenüber der Städtischen Markthalle, in dem Balken glühten und teilweise noch brannten, mit furchtbarem Krach nach vorn über die Straße, knieten wie Strohhalmhölzer vor diesem Hügel aufgestellte mechanische Steileitern.

Schleuderten einen Feuerwehrmann, der auf der Spitze der einen Leiter stand, in die Tiefe und begrub eine Anzahl weiterer Feuerwehrleute unter sich.

Wieder dieser Brand war sofort tot, mehrere andere wurden bald danach schwer verletzt geborgen, während man einen zweiten Toten nachmittags um 3 Uhr aus den Trümmern herbeiholt. Ein besonders schwer Verletzter, dem ein Bein amputiert wurde, schwebt zur Stunde noch in Lebensgefahr. Im ersten Augenblick nach diesem Unglück schien es, als wenn sich jetzt auch die Lage der ganzen Südfassade, in der sich weiterhin die Schloßkirche und das Landesamt für Denkmalspflege mit seinen sehr wertvollen Sammlungen befindet, katastrophal gestalten könnte. Immer wieder stürzten teils brennende, teils schmelzende Balken und Mauerteile herab und aus dem südlichen Turm kamen von neuem dicke Rauchwolken heraus, die den Schluß rechtfertigten, daß das Feuer in ihm noch bestig wüthete, obwohl ganz unheimliche Wassermengen in ihn hineingeschüttet wurden. Da man mit der Möglichkeit weiterer Zusammenbrüche oder gar des Einsturzes des Turmes rechnen mußte, begann man sofort mit der Räumung des Landesamts für Denkmalspflege, trug die beschleunigte Tempo die der Markthalle vorgelegerten Bretterböden des Weihnachtsmarktes ab und dehnte die Abwehrungsarbeiten um die Sätze des Unglücks wieder erheblich weiter aus.

Im Guck aber verwickelten sich die gegenseitigen Befürchtungen nicht und nach Ablauf der Nachmittagsstunden darf man wohl zuversichtlicher als heute früh die

In den Stuttgarter Zeitungen wird die Frage erörtert, ob es nötig war, das das Unglück diese Ausdehnung annahm, ob nicht vielmehr schuldhaftere Verhältnisse vorzuliegen sind. Richtig scheint zu sein, daß man die Tragweite des Vorganges zunächst nicht voll erkannt hat. Sonst hätte man wohl nicht auswärtige Feuerwehren, die etwa um ein Uhr von selbst auf dem Brandplatz erschienen, wieder fortgeschickt, um sie allerdings bald nachher zurückzurufen. Richtig ist weiterhin, daß man sich bis nachmittags 4.30 Uhr darauf beschränkte, den Brandherd vom inneren Schloßhof aus zu bekämpfen und erst dann mit dem Angriff auf das Feuer auch von außen her begann. Die Tragweite des Unglücks wird selbstverständlich eine genaue Untersuchung aller Einzelheiten erforderlich machen.

Im übrigen sah die Feuerwehr am Dienstag abend die Gefahr als im wesentlichen überwunden an, so daß sämtliche auswärtigen Wehren wieder abziehen konnten und auch von der Stuttgarter



Das alte Schloß in Stuttgart ausgebrannt

Hoffnung aussprechen, daß weiteres Unheil nicht mehr eintreten wird.

Der Einbruch des vorderen Teiles der Südfassade hat für den zweiten Teil dieser Front eine gewisse Entlastung und Abschwächung der Brandgefahr gebracht, indem er die Brandmauer zwischen den beiden Teilen freilegte. Aber der Gesamteindruck, den man jetzt von dem im wahren Sinne des Wortes

Wehr nur die erforderlichen Brandmaschinen für die Nacht zurückblieben.

Stuttgart, 22. Dez. Das Vernichtungswerk des Feuers im Alten Schloss hat der Witwe des früheren Staatspräsidenten Blos großen Schaden zugefügt. Der ganze Inhalt ihrer Wohnung ist den Flammen zum Opfer gefallen, darunter die Bibliothek und zahlreiche handgeschriebene Aufzeichnungen sowie der Briefwechsel des Staatspräsidenten. Nur mit Mühe konnte Frau Blos ihre alte Dienerin zum Verlassen der Wohnung veranlassen, als die Gefahr schon recht groß war.

Verbrannt sind auch die Gasträume des Staatsministeriums für prominente Gäste, außerdem vier Familienwohnungen und die Räume des Kommandos der Schutzpolizei mit Mobilien und Aften. Gerettet wurden die Akten des Oberverwaltungsgerichts.

Besonders schmerzhaft ist der Verlust wertvoller Stukken mit Gemälden. Schadensschätzungen, die jedoch noch der Nachprüfung bedürfen sprechen von 4 bis 6 Millionen Mark.

Die Brandursache ist noch wie vor nicht voll geklärt. Es herrscht die Meinung vor, daß sie in einem Kamindeckel liegt, daß der Brand aber schon seit einiger Zeit vorhanden war, denn der Rauch soll schon vor einigen Tagen wahrgenommen worden sein.

W.B. Stuttgart, 22. Dez. Heute um 10 Uhr abends loderte das Feuer neben dem Nordwestturm erneut auf und nahm wieder bedrohliche Formen an. Auch am Südostturm schlugen immer wieder Flammen empor.

Deckeneinsturz in der vatikanischen Bibliothek

W.B. Stadt des Vatikans, 22. Dez. In einem Teile der vatikanischen Bibliothek sind an der Hof des Belvedere zugehörigen Seite die Decken in drei Stockwerken eingestürzt.

W.B. Stadt des Vatikans, 22. Dez. Der Deckeneinsturz in der vatikanischen Bibliothek erfolgte in dem Flügel der Bibliothek, der zur Zeit des Papstes Sixtus V. gebaut wurde und nach ihm benannt ist. Er enthält zahlreiche Kunstwerke. Ein großer Teil der an den Wänden hängenden Bücher ist unbeschädigt geblieben. Man glaubt, daß sich im Augenblick des Deckeneinsturzes etwa zehn Personen, Arbeiter und Bibliotheksbesucher, in der Bibliothek befanden. Die römische Feuerwehr ist mit den Aufräumarbeiten beschäftigt.

Rom, 22. Dez. Bei dem Deckeneinsturz in der alten vatikanischen Bibliothek wurden vier Arbeiter vermisst, die wahrscheinlich unter den Trümmern begraben sind. Rund 20 000 Bände, bei denen es sich fast ausschließlich um Druckwerke handelt, wurden unter den Trümmern begraben. Die unerfahrenen Mannschaften, die bis ins vierte Jahrhundert nach Christus zurückreichen, dürften mit ganz wenigen Ausnahmen unbeschädigt geblieben sein.

Nach den bisherigen Feststellungen sind die Wanddecken in den drei Stockwerken so gut wie unbeschädigt, dagegen sind die Deckengemälde vernichtet.

Die schweizerischen Einfuhrbeschränkungen Bern, 22. Dez. Der Ständerat hat heute die Vorlage des Bundesrates über Warenzufuhrbeschränkungen angenommen, nachdem ihr bereits vom Nationalrat zugestimmt worden war.

„Die Diktatur der Gemäßigten“

Im neuesten Heft der republikanischen Wochenschrift Deutsche Republik pladiert der bekannte Mitarbeiter Hugo Fugin für eine „Diktatur der Gemäßigten“. Er geht aus von einer solchen erschienenen Schrift „Europäische Diktaturen“, die den Grafen Forza zum Verfasser hat, der 1920/21 italienischer Außenminister war. In seinem Buche geht Graf Forza der Legende zu Leibe, als ob zu der Zeit, als Mussolini seinen Marsch nach Rom antrat, in Italien politisch, finanziell und auch sonst alles in größter Unordnung gewesen wäre. Graf Forza zitiert Artikel des Herrn Mussolini aus dem Popolo d'Italia, in denen Herr Mussolini selbst vor seinem Marsch auf Rom sowohl die bolschewistische Gefahr für Italien glatt erlegt hat und es sei auch nicht richtig, wie Graf Forza darlegt, daß die Besetzung der Fabriken durch Arbeiterorganisationen die entscheidende Rolle für die Machtergreifung des Faschismus gegeben habe. Herr Hugo Fugin führt nun aus:

„Nun wird man aber einwenden: „Ja, wenn alles so wunderbar in Italien war, warum hat es sich dann Mussolini in die Arme geworfen?“ Die Antwort steht auf Seite 62 des Buches des Grafen Forza:

Der einzige Fehler, wie übrigens auch Giolitti und seiner Ministerkollegen, mag vielleicht der gewesen sein, daß sie stets sachlich, ohne rednerischen Kavaliers und ohne dramatische Gesten gesprochen haben. Und namentlich nicht fortwährend behaupteten, sie würden Italien retten und jede bolschewistische Gefahr abwenden. Wie waren wirklich recht harmlos; wir, meine Kollegen und ich, taten das, ohne viel davon zu reden.“

Wer es mit Brüning gut meint, sollte ihm diese Sätze in Gold gedruckt und gerahmt an den Weihnachtsbaum hängen.

Ein unbekannter Passagier, der zwischen Berlin und Potsdam gerade das Buch beendete, und dem der Schreiber dieser Zeilen diesen Wunsch äußerte, antwortete ihm also, während vor dem Wagenfenster die Kiefern des Grunewalds vorbeisagten: „Schaden könnte es ihm nichts, aber schwerlich viel nützen. Er sei bei nun einmal an einem unheiligen Gang zum Detail und wird nie bereuen, daß es nicht die Aufgabe des Feldmarschalls ist, jeden einzelnen Unterstand selber auszubauen. Auch steht neben ihm, wenn er reden soll, immer unsichtbar ein mit Bürokraten besetzter grüner Tisch. Wie soll er da das Ohr einer märchengläubigen Masse finden? Hitler kann das. Mag er auch ein zynischer Schwindler sein, sowie er drei Sätze geredet hat, beginnt er seinen Widdmann selber zu glauben, und reißt die wunderlichste Herde mit. Bismarck konnte wenigstens so tun als ob. Wie lange meinen Sie wohl, daß er Kanzler geblieben wäre, wenn er seinem die Romane der Marit für Wirklichkeitsreparaturen haltenden Publikum sachlich gekommen wäre? Sagen wir 24 Stunden, länger hätte ihn auch sein König gegen den allgemeinen Sturm nicht durchhalten können. Nachts im Bett konnte er vor Angst nicht schlafen: er fürchtete, die rote, die schwarze, die weiße Gefahr — den ganzen Regenbogen. Er witterte an jeder Strahlenende Europas Tripel- oder Quadrupelallianzen, erschraf, wenn er nur das Wort „Kopenhagen“ hörte. Als ob Dänemark... Wenn er aber vor dem Reichstag stand, war er ganz „eiserne Konsole“ und schmetterte in den Saal: „Wir Deutschen fürchten Gott und sonst nichts auf der Welt!“ Sties also auf das Hitlerniveau herunter. So muß man das machen. Ein Parlament, eine Rundfunkübertragung ist weder ein Sachverständigenauschuss noch der Leserkreis eines Demoblautes, der von seinem Feuilleton verlannt, daß da goethisch geschwärmelt wird, zu lesen braucht, was das Zeug ja nicht. Demokratie, das ist nicht die Vergangenheit, sondern die Zukunft — eine vermutlich noch sehr ferne Zukunft. Was sich bisher Demokratie nannte, beruhte auf einem Mißverständnis. Lebte von der Massenindifferenz einer Prosperitätsperiode von ungewöhnlicher Dauer — nur so lange. Das war einmal. Heute steht es auch der Winderde, daß wir es noch immer mit Kindern zu tun haben, die man mit Versprechungen füttern muß, gleichgültig, ob ihre Erfüllung möglich ist oder nicht, sie haben ja doch kein Urteils. Hat etwa Mussolini etwas gehalten? Italien bedeutet heute genau so wenig in der Weltpolitik wie 1922, ist weder größer noch mächtiger. Warum sollte sich also Hitler über den praktischen Wert seiner Phrasen Gedanken machen? Sein Geschäft ist längst richtig. Seine Neurostik und Hysterie scheint in seiner Politik begründet zu sein. Ein äußerer Anlaß ist nicht ersichtlich. Er braucht ja nicht einmal Angst zu haben, den richtigen Augenblick zu verpassen. Der ist von selbst gegeben, wenn Brüning eine langfristige Stundung aller Zahlungen erreicht hat. Schwierigkeiten wird man ihm nicht machen. Bis dahin stellt er „unmögliche“ Bedingungen, ist es so weit, stellt er „mögliche“, und das schicksalreiche Reichsministerium ist in 24 Stunden perfekt. Galtten will er sie nicht, braucht er auch nicht. Es genügt vollkommen, daß die anderen Mannschaften dämlich genug sind, sich einzubilden, auch er werde nach seiner Aufnahme in den Verband nach den üblichen Regeln spielen. Gar nicht fassen können, daß er sie nach seiner Zusage in Stadion von seinen Soustücken mit Substituten hinauswerfen und sich zum Meister von Deutschland auf Lebenszeit erklären wird.

Ja, ja, ich weiß... Sie wollen mir sagen, daß das mit der Parallele zu Mussolini nicht ganz stimmt. Daß die Italiener schon ein halbes Jahrhundert an eine kirchenfeindliche, exkommunizierte Regierung gewöhnt waren, daß der deutsche Katholizismus dagegen eine imponierende Machtorganisation ist, und man deshalb mit

einem Prälaten Raas nie so wird umspringen können wie einst mit Don Sturzo. Das mag sein, aber es ändert nichts...

Sehen Sie, was Hitler will oder nicht, darauf kommt es gar nicht mehr an. In meinem ganzen Leben habe ich noch nichts so Komisches gesehen wie diese Schwarz-Rot-Goldenen, wenn sie die Hitlerwähler mit Realitätsbedenken bangen machen wollen.

Ich sehe an Ihren ungeduligen Gesten, daß Sie das gar nicht mehr interessiert. Sie wollen mir sagen, die Schwierigkeiten begannen erst, wenn Adolf an der Macht ist. Mussolini hat es auch nicht gewußt, keine Ahnung hatte er. Haben Sie sein Programm auf Seite 58 gesehen? Nicht? Hören Sie: „Abhängung der Wehrpflicht, Reinigung, Gewissens, Religions-, Vereins- und Pressefreiheit, Auflösung der Aktiengesellschaften, Unterbindung von Banken und Börsen usw.“

Man braucht nun keineswegs jeden Satz der Darlegungen des Herrn Hüglin zu unterschreiben, aber man wird doch zugeben müssen, daß man Gedankengänge, wie sie im Hüglin'schen Aufsatz enthalten sind, auch bei Demokraten und Republikanern aller Schattierungen begegnet.

Einigung über Brotpreissenkung

CPW, Berlin, 23. Dez. Beim Reichskommissar für die Preisüberwachung haben gestern Verhandlungen mit der „Germania“, dem Zentralverband deutscher Bäcker-Funnen, über die Frage der Brotpreissenkung stattgefunden.

Die Berliner Verkehrsverbilligung

Der Aufsichtsrat der Berliner Verkehrs-Gesellschaft hat in Abänderung eines vor wenigen Tagen gefassten Beschlusses einen ab 31. Dezember gültigen neuen Verkehrsstarif festgesetzt.

Die Baseler Tagung und ihre Konflikte

Die Neue Züricher Zeitung meldet aus Basel: „Statt der Vollziehung des Sonderauschusses bei der BZ, fand am Dienstag eine private Sitzung statt, die um 11.50 Uhr begann.“

„Die Delegierten prüften“ — so fährt die Neue Züricher Zeitung fort, „am Dienstag den ersten Abzug des Berichts,

Mord- und Gewalttaten der Nazis

herrs Gröner zum feste der Liebe auf den Weihnachtstisch gelegt

Bisher wurden bekannt: 1484 Gewalttaten mit 62 Toten und 3200 Schwer- und Leichtverletzten als Blutopfer des deutschen Faschismus

Von den Sanktionsverletzungen wurde bei der verhältnismäßig geringen Strafverfolgung bekannt, daß in 53 Fällen größtenteils kriminell Verbrechen die Täter waren, von ihnen 3 über 20 Mal, 5 über 10 Mal, 10 über 5 Mal, 35 ein- und mehrere Mal.

In 32 Fällen hatten die Gewalttaten ausgesprochen unpolitische Motive wie Raub, Eifersucht usw. In 23 Fällen wurden die Uebertäter bestraft.

589 Mal konnte einwandfrei eine Bewaffnung festgestellt werden, darunter allein 167 Mal der Besitz von Schusswaffen bis zum Maschinengewehr, 9 Waffenlager wurden ausgehoben, 8 Mal wurde der Besitz von Sprengstoffen festgestellt.

42 Mal wurden systematisch sozialdemokratische, 39 Mal andere Versammlungen gesprengt, 9 Mal erfolgten Angriffe auf die Redaktionen.

33 Mal wurden Uebertäter auf gegenwärtige Lokale bekannt. In anderen öffentlichen Wirksamkeiten wurden 31 Mal schwere Ausschreitungen begangen, auf öffentlichen Verkehrsmitteln 10 Mal.

100 Mal wurden schwere Mißhandlungen von Sozialdemokraten, 281 Mal von Reichsbannerangehörigen, 39 Mal von Mitarbeitern der Sozialistischen Arbeiterjugend und 25 Mal auf Arbeiterportale gemeldet.

In 35 Fällen wurden Angehörige bürgerlicher Parteien planmäßig mißhandelt, 20 Mal ausgesprochene Parteimitglieder. „Aus Versehen“ wurden „irrtümlicherweise“ 12 Mal „falsche“ Personen erschlagen oder schwer mißhandelt.

19 Mal wurden Kinder schwer mißhandelt, 84 Mal Jugendliche, 30 Mal Frauen, darunter hochschwanger. In 16 Fällen wurden Greise mißhandelt, 7 Mal Kriegsbeschädigte und 6 Mal Kranke und hilflos Anwalde.

In teilweise erschreckender Uebermacht griffen die Nationalsozialisten 174 Mal an. Aus ihren Versammlungen wurden 147 schwere Ausschreitungen gemeldet. In 16 Fällen wurde die Mißhandlung von Disziplinierungsbedürfnissen bekannt.

23 Mal erfolgten die Uebertäter auf Kommando, 43 Mal erfolgten sie von SA-Mitgliedern oder nationalsozialistischen Lokalen aus. 31 Mal wurden Angriffe auf die Wohnstätten Andersdenkender gemeldet, darunter 3 Mal auf ganze Arbeiterwohnblöcke.

56 Mal wurden Polizeibeamte angegriffen und teilweise mißhandelt, 11 Mal andere Beamte, 4 Mal Reichswehrangehörige. Trotz des Mangels an besonderen Meldungen konnten allein 34 planmäßige Verbrechen gegen behördliche Anordnungen festgestellt werden.

9 Mal wurden Friedhöfe geschändet, Totengedenkstätten und Hindenburgbilder zerstört. Nachweisbar erfolgten 19 Mal ausgesprochene sadistische Exzesse.

In 17 Fällen wurde der Volksaus der „Feme“ gegen eigene Parteifreunde bekannt.

Zuckerregelung um ein Jahr verlängert

Durch Verordnung der Reichsregierung ist die Zuckerregelung, die mit dem 31. Dezember 1931 abläuft, um ein weiteres Jahr verlängert worden.

Katholische Kirche u. Nationalsozialismus

In einer Meldung bürgerlicher Organe, die angeblich aus dem Vatikan stammt, wird behauptet worden, daß die Kongregation der außerordentlichen geistlichen Angelegenheiten im Vatikan sich mit der nationalsozialistischen Bewegung befaßt und Beschlüsse im Sinne einer Annäherung von Kirche und Nationalsozialismus gefaßt habe.

„Diese Meldung trifft weder dem Sinn noch der Form nach zu. Eine Mitteilung irgend eines Kongregationsbeschlusses zur Frage des Nationalsozialismus ist an das deutsche Episkopat nicht erfolgt.“

Die Nationalsozialisten sind in Rom bemüht, eine Besserung ihrer Beziehungen zur katholischen Kirche zu erreichen. Um die Hauptpunkte der bestehenden Differenzen aus dem Wege zu räumen, hat Feder in seinem Buch wesentliche Teile gestrichen.

Die Beteiligte führen in drei Absätzen hintereinander; im ersten Dr. Goebbels und Gattin, im zweiten weibliche Anverwandte des Berliner Gauleiters und Pfarrer Wenzel. Im letzten Absatz fanden sich Hitler und General Epp.

Autounfall Hitler-Goebbels

Berlin, 22. Dez. (Ein Meldung.) Auf der Chaussee Koritz-Prignitz verunglückte das Auto, in dem Hitler, Goebbels, General Epp und andere Führer der NSDAP, sowie der Pfarrer, der Goebbels vor kurzem mit Frau Maria Quandt getraut hatte, saßen.

Die Beteiligte führen in drei Absätzen hintereinander; im ersten Dr. Goebbels und Gattin, im zweiten weibliche Anverwandte des Berliner Gauleiters und Pfarrer Wenzel. Im letzten Absatz fanden sich Hitler und General Epp.

Am abendlichen 18. Kilometer von Koritz, auf der nach Prignitz kommenden Chaussee, geriet der zweite Wagen ins Schleudern und fuhr trotz des möglichen Tempos von nur 40 Stundenkilometer gegen einen Baum. Der dritte Wagen prallte gegen den zweiten.

Er gab folgende Erklärung an: „Ich nehme die beschriebenen Umstände mit dem Ausdruck des Bedauerns zur Kenntnis. Ich erkläre, daß ich die Verantwortung nicht aufrecht erhalten kann und trage die gesamten Kosten des Verfahrens.“

Erst verurteilt das Gefindel auf Teufel komm fernaus und dann kneift es.

Die Sozialdemokratie gegen die deutsche Skandaljustiz

Die sozialdemokratische Fraktion hat im bayerischen Landtag eine Interpellation eingebracht, in der die Regierung gefragt wird, welche Maßnahmen sie ergreifen wolle, um die Durchführung von schwebenden Prozessen ohne Rücksicht auf die persönliche und politische Einstellung des Angeklagten zu ermöglichen.

In der jetzt zu Ende gegangenen Münchener Schwurgerichtsperiode wurde eine Reihe von kommunistischen Pressevergehen abgeurteilt, die teilweise mehrere Jahre zurückliegen.

Die teilweise mehrere Jahre zurückliegenden, dagegen schwebenden Prozesse ohne Rücksicht auf die persönliche und politische Einstellung des Angeklagten zu ermöglichen.

Die teilweise mehrere Jahre zurückliegenden, dagegen schwebenden Prozesse ohne Rücksicht auf die persönliche und politische Einstellung des Angeklagten zu ermöglichen.

Hoover verlangt Kredite für Abrüstungskonferenz

Washington, 22. Dez. Präsident Hoover legte dem Kongreß heute die Beschlüsse vor, in der er um die Bewilligung von Mitteln zur Beteiligung Amerikas an der Genfer Abrüstungskonferenz nachsucht.

Die teilweise mehrere Jahre zurückliegenden, dagegen schwebenden Prozesse ohne Rücksicht auf die persönliche und politische Einstellung des Angeklagten zu ermöglichen.

Dandervelde fordert Abrüstung der Siegerstaaten

Brüssel, 22. Dez. (Ein. Draht.) Die belgische Kammer beschloß sich am Dienstag mit einem Regierungsentwurf, der das jährliche Deereskontingent von 33 000 auf 34 000 Mann erhöht.

Die teilweise mehrere Jahre zurückliegenden, dagegen schwebenden Prozesse ohne Rücksicht auf die persönliche und politische Einstellung des Angeklagten zu ermöglichen.

Freistaat Baden

Konkordatsorgen

In liberalen Zeitungen hat man augenblicklich wieder einmal Konkordatsorgen. Die durch das Ableben des bisherigen Erzbischofs Dr. Carl Frig notwendig werdende Wahl eines neuen Erzbischofs haben die neuen Sorgen ausgelöst. Es sollen Gerüchte gehen, wonach wegen Abfalls eines Konkordats mit dem Staatssekretär Sacelli direkte Verhandlungen zwischen Karlsruhe—Rom ausgenommen werden sollen. Wir sind der Meinung, daß das badische Volk jetzt wie in den nächsten Monaten von ganz anderen und viel ernterlicheren Sorgen geplagt werden wird, als von denen des Abfalls eines Konkordats.

Regelung der Zwangswirtschaft für Wohnungen und Geschäftsräume

Die Regelung der Vierien Reichsnotverordnung vom 8. Dezember 1931 hat zur Folge, daß mit Wirkung vom 1. April 1932 gegen den zur Zeit in Baden geltenden Rechtszustand der Grenzbezirk für neue Wohnungen für eine große Anzahl Gemeinden eine Herabsetzung erfährt, so insbesondere für Mannheim von 2100 RM. auf 1400 RM., für Baden, Heidelberg, Freiburg und Karlsruhe von 1400 auf 1200 RM. und für sämtliche Orte der Ortsklasse D von 900 auf 600 RM.

Ferner gelten vom gleichen Zeitpunkt an die Vorschriften des Reichsmietengesetzes und des Mietrechtsgesetzes auch für die Geschäftsräume in denjenigen Städten nicht mehr, in denen diese zur Zeit noch bis zu einer bestimmten Mietgrenze gelten; es sind dies die Städte Mannheim, Karlsruhe, Heidelberg, Baden, Bruchsal, Durlach, Konstanz und Offenburg. Den Vorschriften der genannten Gesetze bleiben jedoch in allen Gemeinden solche Geschäftsräume noch unterworfen, die Teile einer Wohnung bilden oder wegen ihres wirtschaftlichen Zusammenhangs mit Wohnräumen zugleich mit solchen vermietet sind, wenn die Mietmiete für die Wohn- und Geschäftsräume zusammen hinter den oben erwähnten für Wohnungen bestimmten Grenzen zurückbleibt. Den Klagen auf Herausgabe solcher Räume, die von den Mietrechtsbestimmungen ausgenommen sind, geht vom 1. Januar 1932 an kein Schiedsverfahren von dem Mietvertragsantritt mehr voraus.

Schließlich erstreckt sich die Tätigkeit der Wohnungsbehörden in den Gemeinden, in denen diese nach den gesetzlichen Bestimmungen noch bestehen, nicht mehr auf Wohnungen, deren Jahresmietmiete 800 RM. und mehr in Mannheim, 600, 500 RM. und mehr in den Orten der Ortsklassen A und B und 300 RM. und mehr in den Orten der Ortsklassen C und D beträgt.

Verschiebung des Rückzahlungstermins der Aufwertungsparaguthaben

Die Aufwertungsparaguthaben waren bis zum 1. Januar 1932 unfindbar. In der Dritten Verordnung des Reichspräsidenten vom 23. November 1931 ist nunmehr aber bestimmt worden, daß die Zulässigkeit der Kündigung der ersten Hälfte der aufgewerteten Sparparaguthaben über den 1. Januar 1932, jedoch nicht über den 1. Januar 1935 hinausgeschoben werden kann, dabei kann für kleinere Aufwertungsparaguthaben ein früherer Kündigungsstermin ausgesetzt werden als für größere. Die Sparkassen sind heute, weil ihnen noch nicht so früher alle verfügbaren Gelder ausgeteilt werden, gezwungen, zur teilweisen Rückzahlung von Krediten zu schreiten. Die dadurch herbeigeführten Geldmittel können natürlich nur zur Auszahlung der ersten Hälfte der Aufwertungsparaguthaben dienen. Für die Aufwertungsparaguthaben können die Aktien noch nicht kündigt gemacht werden, so daß auch keine allgemeine Ausschüttung möglich ist. Man darf aber bei einer Beurteilung dieser Angelegenheit nicht glauben, daß die Aufwärtung bisher von den Sparkassen noch gar keinen Gewinn erhalten hätten. Es sind vielmehr, so lange die Verhältnisse es zulassen, bei einer Gesamtsumme von ca. 130 Millionen Aufwertungsparaguthaben Vorauszahlungen in Höhe von 25 Millionen geleistet worden, ohne daß eine gesetzliche Verpflichtung dazu bestand, und ohne daß auch nur in annäherndem Maße Aufwertungsaktiven flüssig gemacht werden konnten. Die Sparkassen haben also schon bisher, was in ihren Kräften lag, getan, um den Wünschen ihrer Aktionäre nachzukommen. Sie werden dies auch weiterhin tun, müssen aber selbstverständlich mit den Schwierigkeiten, die sich infolge ungenügender Wirtschaftsergebnisse und in der ministeriellen Verordnung vom 23. November 1931 auch ihren Ausdruck gefunden haben, rechnen. Die Verzögerung wegen einer Hinausschiebung des Rückzahlungstermins für die erste Hälfte der aufgewerteten Sparparaguthaben ist eine notwendige Maßnahme. Für die Verzögerung der Aufwertungsparaguthaben ist unabhängig davon, ob der Rückzahlungstermin verlegt wird oder nicht, die Bestimmung, daß vom 1. Januar 1932 an der für die übrigen Sparparaguthaben geltende Satz maßgebend ist, unverändert weiter. Auch kann die Auszahlung der Binsen wie bisher am Ende eines jeden Kalenderjahres verlangt werden.

Zum Vollstreckungsschutz

Als untere Verwaltungsbehörden in Sachen des Vollstreckungsschutzes gelten in Baden die Bezirksämter. Außerhalb des Sitzes eines Bezirksamtes können Gesuche um Ausstellung von Befehlen auch beim Bürgermeisteramt angebracht werden, das sie mit tatsächlicher Beurteilung unersichtlich dem Bezirksamt vorzulegen hat.

Die Pachtzinsen der Domänengüter

Den Pächtern domäneneigener Parzellengüter wird, wie die Pressestelle beim Staatsministerium mitteilt, im Hinblick auf die besonderen Verhältnisse dieses Jahres für die auf Martini 1931 verfallenen Pachtzinsen ausnahmsweise ein einmonatiger Rabatt gewährt, soweit die Pachtzinsen bis spätestens 29. Februar 1932 voll bezahlt werden und nicht bereits ein Nachschuß gewährt worden ist. Der Rabatt beträgt 10 v. H., wenn die Pachtzinsen spätestens am 31. Januar 1932 und 5 v. H., wenn sie spätestens am 29. Februar 1932 bei der Kasse eingebracht. Wenn die Pachtzinsen bereits bezahlt sind, wird der Rabatt auf die Pachtzinsen des kommenden Jahres gutgeschrieben.

Das Verbot des Schwarzwälder Tagblattes durch das Reichsgericht bestätigt

Der 4. Senat des Reichsgerichts hat in seiner Sitzung vom 19. Dezember das vom badischen Ministerium des Innern ausgesprochene fünfjährige Verbot des nationalsozialistischen Schwarzwälder Tagblattes bestätigt. Die entstandenen Kosten sind dem Herausgeber anzurechnen. Das Schwarzwälder Tagblatt hat die bekannte Rede des nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Straß anlässlich der württembergischen Gemeindevahlen mit dem Rufus: „Wir werden hart und brutal sein, wenn es gilt, mit dem 12jährigen Schmutz aufzuräumen“, im schlimmsten Sinne übernommen. — Das Ministerium des Innern hat darin eine schwere Beleidigung und eine böswillige Verächtlichmachung einer staatlichen Einrichtung. Das Reichsgericht ist am vorigen Samstag dieser Auffassung beigetreten.

5,3 Millionen Erwerbslose

Eine sorgenvolle Botschaft / Die Wirkungen des kapitalistischen Wahnsinns Die Weltkrise drückt erneut auf Deutschland

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes in Südwestdeutschland in der Zeit vom 1.—15. Dezember

Am 15. Dezember 1931 wurden infolge der jahreszeitlichen Verschlechterung des Arbeitsmarktes wiederum 15 000 Arbeitslose aller Berufsgruppen mehr gezählt als am 30. November. Die Gesamtzahl der bei den württembergischen und badischen Arbeitsämtern eingetragenen arbeitsuchenden Personen betrug 2 879 666. Davon waren 275 143 Personen, das waren 54,7 vom Tausend der Wohnbevölkerung, arbeitslos. Im ganzen Reich waren Ende November aber auf 1000 Einwohner schon 81 Arbeitslose gekommen. Ende November war im Reich der am 14. Februar 1931 verzeichnete Höchststand der Arbeitslosigkeit in Südwestdeutschland am 15. Dezember immer noch rund 11 Prozent unter dem winterlichen Höchststand von Mitte Februar lag.

Verhältnismäßig stark gestiegen ist die Zahl der Arbeitslosen in den Unterhaltungsrichtungen. Von der Arbeitslosenversicherung wurden am 15. Dezember 3897 Personen mehr unterstellt als Ende November; in der Krisenfürsorge betrug die Zunahme der Unterstützten 2670 Personen. Der Stand an unterstützten Arbeitslosen war nach der Statistik der Arbeitsämter am 15. Dezember 1931 folgender:

In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenversicherung 90 774 Personen (72 369 Männer, 18 405 Frauen), in der Krisenunterstützung 69 367 Personen (59 529 Männer, 9838 Frauen). Die Gesamtzahl der Unterstützten liegt um 11 567 Personen oder um 7,8 v. H. von 148 574 Personen (121 919 Männer, 26 655 Frauen) auf 160 141 Personen (131 898 Männer, 28 243 Frauen); davon kamen auf Württemberg 68 402 gegen 63 563 und auf Baden 91 739 gegen 85 011 am 30. November 1931.

Im Gesamtbezirk des Landesamtes Südwestdeutschland kamen am 15. Dezember 1931 auf 1000 Einwohner 31,8 Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge gegen 25,5 zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Ueber dem Arbeitsmarkt ballt sich ein neues Gewölk zusammen. Die Lage hat sich in der ersten Dezemberhälfte verschlechtert. Wir haben nicht nur eine saisonale Zunahme der Arbeitslosigkeit, sondern auch aus konjunkturellen Gründen einen neuen Auftrieb der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Die Zusammenbrüche von Borst und Sanomag sind Symptome einer weiteren konjunkturellen Verschlechterung der Lage. Sie sind Vorboten neuer Gefahren.

Die Zunahme der Zahl der Arbeitslosen beläuft sich nach dem Bericht der Reichsanstalt in der ersten Dezemberhälfte auf rund 270 000, womit eine Belastung auf rund 534 000 erreicht wurde. Der Anteil der überwiegenen von der Konjunktur abhängigen Berufe ist in der ersten Dezemberhälfte rascher (um 4,2 v. H.) als in der zweiten Novemberhälfte (um 1,6 v. H.) gestiegen. Neben der Beendigung des Reichsanstalts in vielen Industrien haben besonders die internationalen Währungschwierigkeiten und die Schutzzollmaßnahmen wichtiger Abnehmerstaaten ungünstig auf den deutschen Arbeitsmarkt eingewirkt. Die Belastung von Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge hat zusammen um etwa 158 000 Hauptunterstützungsempfänger zugenommen. Nach den Meldungen der Arbeitsämter wurden in der Arbeitslosenversicherung am 15. Dezember 1931 rund 1 484 000 Hauptunterstützungsempfänger (Zunahme um rund 118 000) gezählt, während in der Krisenfürsorge nach einer Zunahme um rund 40 000 etwa 1 446 000 Hauptunterstützungsempfänger betreut wurden.

In allen Saisonbetrieben ist die Beschäftigung weiter zusammengedrückt und ihrem geringsten Umfang nahegekommen, so in der Landwirtschaft, wo vielfach auch alte Deputatfamilien freigelegt wurden, im Baugewerbe, in den Baustoffindustrien und allgemein in der Berufsgruppe der ungelerten Lohnarbeiter. Auch in der Forstwirtschaft hat der Beschäftigungsgrad mit Ausnahme einzelner Bezirke nachgelassen.

Die Arbeitsmarktlage im Kohlenbergbau weist keine wesentlichen Veränderungen auf. Im Ruhrkohlenbezirk ist die

Zahl der Feierstichten wieder etwas gestiegen, doch hat kein weiterer Belegabbaubau stattgefunden. In den Braunkohlengruben wurden verschiedentlich Entlassungen in kleinerem Umfang vorgenommen. Erzbergbau, Hütten- und Bergbauindustrie haben eine weitere Verschlechterung des Arbeitsmarktes zum Teil mit größeren Entlassungen, zum Teil mit verkürzter Kurzarbeit erfahren.

Die Freisetzung von Arbeitskräften aus allen Zweigen der Metallverarbeitung und des Holz- und Schiffsgewerbes haben sich weiter fortgesetzt. Auch die kleineren Teilkonstruktionen, wie z. B. in der Herstellung von Metallgeräten und von Möbeln haben ihr Ende gefunden. Die Beschäftigung in der Spinnstoffindustrie war nur in einigen Zweigen der Baumwoll- und Leinenverarbeitung und der Teppichindustrie noch gehalten. Zahlreiche Betriebe der Weberei und Wirterei, besonders in Sachsen, aber auch in anderen Bezirken mußten infolge der englischen Zollmaßnahmen umfangreiche Entlassungen vornehmen oder die völlige Stilllegung ankündigen. Vom Befeldungsgewerbe war fast nur noch die Bäckereidustrie im Westen und teilweise die Hutindustrie leitlich beschäftigt.

Im Nahrungsmittelgewerbe blieb die jahreszeitliche Beschäftigung hinter den Erwartungen zurück. Die Tabakindustrie klagt über Erschwerung des Rohstoffbezugs, im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe konnte in einzelnen Bezirken der Ausgleich für die Winterzeit in den Großstädten und Sportgebieten Erfolg zeitigen.

Die Reichsbahn entließ nach Fertigstellung ihres zusätzlichen Arbeitsprogramms in den meisten Bezirken Zeitarbeiter. Die allgemeine Einschränkung in der Lebenshaltung führt überall zu einer neuen Belastung des Arbeitsmarktes für häusliche Dienste.

5,3 Millionen Arbeitslose. Wir haben für das Jahresende mit 5 1/2 Millionen zu rechnen, wenn die Entwicklung nicht schlechter sich gestaltet, als sie im vorigen Jahre war. Damals hatten wir in der zweiten Dezemberhälfte eine Zunahme um über 400 000. Wahrscheinlich wird die Zunahme diesmal jedoch noch stärker sein, weil sich jetzt allmählich die Verschärfung der Weltkrise auswirkt. Überall suchen sich die Regierungen mit Schutzzöllen förmlich zu übertrumpfen und darunter muß ein Exportüberschuß wie Deutschland ganz besonders leiden. Beim Anblick des neuen Schutzzollwahnsinns kommt man sich vor, als lebte man wieder im 18. Jahrhundert, im Zeitalter des Merkantilismus. Die Weltkrise nimmt immer unheimlichere Formen an.

In der Arbeitslosenversicherung haben wir, wie sich aus den neuen Ziffern ergibt, jetzt wieder mehr Unterstützungsempfänger als in der Krisenfürsorge. Das Bild hat gewechselt, weil jetzt auch die Stammarbeiter auf den Markt geworfen wurden. Es ist damit zu rechnen, daß nunmehr die Versicherung wieder an der Spitze der Arbeitslosenversorgung markiert, wogegen die Verschiebung im Umfang der einzelnen Unterstützungsarten nicht sehr groß ist. Wir haben jetzt ungefähr ein Drittel der Unterstützten in der Versicherung, ein Drittel in der Krisenfürsorge und ein Drittel in der Wohlfahrt.

Ein dunkler Punkt ist die Unterfütterung der Wohlfahrt. Der Arbeitslose, der von der Arbeitslosenversicherung oder der Krisenfürsorge betreut wird, weiß wenigstens über seine Unterstützungsgröße Bescheid. Anders in der Wohlfahrt. Hier werden die Sätze von den Städten und den Fürsorgeverbänden festgesetzt, und in den Bezirken, wo die Not am größten ist, werden vielfach besonders geringe Sätze bezahlt. Auch ist zu befürchten, daß die Gemeinden sich die Hilfsaktionen zugunsten der Erwerbslosen zunutze machen, und die Bezugsgegenstände für Kohlen, Brot, Fleisch und dergleichen den Erwerbslosen auf ihre Wohlfahrtsunterstützungen anrechnen. Hier muß Wandel geschaffen werden. Die Festsetzung von Mindestsätzen und wenigstens eine gewisse Einheitlichkeit in der Wohlfahrtsunterstützung — beides ist dringend notwendig. Vom Reichsarbeitsminister aber muß verlangt werden, daß er alsbald der Defizitlosigkeit Klarheit darüber verschafft, zwischen welchen Grenzen denn nun eigentlich die Wohlfahrtsunterstützungsgröße schwanken.

Der Streit über die Fremdsprachen

Man schreibt uns: Bekanntlich unterwarf unser rühriger Parteigenosse Grimme in Preußen das Unterrichtsministerium. Inaugural der modernen Fremdsprachen Französisch und Englisch ist nunmehr das Deputat des lateinischen und Griechischen in den deutschen Mittelschulen verringert worden. Als Anfangssprache würde das Französische gewählt und bestimmt, daß Schüler, die nach Ablauf eines halben Jahres keine Befähigung in dieser Sprache nachweisen können, in die Volksschule zurückverleitet werden. Als zweite Hauptsprache wurde das Englische gewählt. Bei der Auswahl in der Reihenfolge war nur das pädagogische Moment ausschlaggebend. Eine Berücksichtigung aus kultur- und wirtschaftlichen Gründen wurde abgelehnt.

Da in unserem Grenzland Baden in mehreren Städten infolge der Notmaßnahmen zur Zeit eine Umstellung von Mittelschulen in Frage kommen, dürften die bedeutsamen Vorgänge in Preußen für die Stellungnahme unserer parteigenössigen Kommunalpolitiker von großem Interesse sein. Die Reformbewegung zugunsten der modernen Sprachen unter gleichzeitiger Zurückdrängung der Alt-sprachen Latein und Griechisch ist in stetem Wachstum begriffen.

An unsere Filialleiter!

Von einer Anzahl Filialen vermissen wir noch die erbetenen Berichte. Wir legen großen Wert darauf, diese noch vor Jahresende zu erhalten und bitten deshalb dringend darum, die Berichte noch vor dem 31. Dezember abzulenden.

Verlag des Volksfreund

Fortbestehen der Hausbank Ludwigsbafen beschlossen

Ludwigsbafen, 22. Dez. In der dritten außerordentlichen Generalversammlung der Genossin der Bank für Hausbesitz, Handel und Gewerbe in Ludwigsbafen wurde nach längerer Beratung der Fortbestand der Bank beschlossen.

Bankrotterklärung Ungarns

Budapest, 23. Dez. (Funkdienst.) Die ungarische Regierung kündigt an, daß sie im kommenden Jahre, von gewissen Ausnahmen abgesehen, die fälligen Zahlungen aus den Auslandsschulden Ungarns nicht in fremden Zahlungsmitteln, sondern in Pengö zu tilgen beabsichtigt.

Der Entschluß der ungarischen Regierung, ein Moratorium für Auslandsschulden zu verkünden, kommt keineswegs überraschend. Er läuft praktisch auf Bankrotterklärung des ungarischen Staates hinaus und ist im übrigen ein ernstes Warnungszeichen für die ganze Welt.

Interessengemeinschaftsvertrag

Die Preussische Elektrizitäts-A.G. Berlin und die A.G. Sächsisch-Elbe Dresden haben einen Interessengemeinschaftsvertrag abgeschlossen. Der Vertrag bezweckt die Vertiefung der Gemeinschaftsarbeit zwischen den Unternehmen, insbesondere bei der weiteren elektrotechnischen Betätigung in Mitteldeutschland.

Französisches Gesetz zur Begrenzung ausländischer Arbeiter

Paris, 22. Dez. Die Kammer nahm mit sämtlichen 450 abgegebenen Stimmen einen Gesetzentwurf an, wonach die Einstellung ausländischer Arbeiter in Staatsbetrieben oder vom Staat kontrollierten Betrieben zehn Prozent nicht übersteigen darf, während der Prozentatz der zulässigen ausländischen Arbeiter in Privatbetrieben je nach Bedarf durch Dekret festgelegt wird. Jeder Ausländer, der nach Frankreich einreist, bedarf um Arbeit annehmen zu können, einer behördlichen Genehmigung.

Die chinesischen Wixren

Nanking, 22. Dez. (Via Draht.) Die chinesische Regierung ist zurückgetreten. Marschall Tschangkaifang hat sich, nachdem er der Eröffnung der Postung des Kuomintang beigemünkt hatte, nach dem Mittelflugplatz begeben und ist um 1 Uhr mit einem Flugzeug nach Fenchau in der Provinz Tschiang abgereist. Die Vorbereitungen zu dem Fluge waren vollkommen geheim gehalten worden.

Amerika 1931

Von unserem Washingtoner Korrespondenten.

Washington, Mitte Dezember.

Die Genpfer Hunger, Not, Elend und Krankheit suchen jetzt auch Amerika immer mehr heim. Der Farmer wehrt sich mit den letzten Kräften gegen den kommenden Ruin. Der Arbeiter ist durch den Maschinenfortschritt aus dem Existenzgleichmaß gerissen, verelendet und den verstärkten Angriffen der Klassengegner ausgeliefert. Der kleine Geschäftsmann gehört der Vergangenheit an, ist längst in das Stehtragenproletariat abgesunken, von dem der in veralteten Denkbegriffen lebende Durchschnittsamerikaner auch heute noch nichts wissen will. Hinter den Massen und der Regierungsmaschinerie steht eine kleine Multi-Millionäre-Klique, herrscht die Handvoll jener 149, deren steuerbare Gesamteinkommen im Krisenjahr 1930 die ungeheure Summe von über 356 Millionen Dollar erreichten. 149 Einzelmenschen aus einer Nation von 120 Millionen.

In den Jahren 1920 bis 1927 sind über drei Millionen Menschen durch die Entwicklung der Maschinentechnik ihrer landwirtschaftlichen Existenz verlustig gegangen und als Industrieproletariat in die Großstädte getrieben worden. Nichtsdestoweniger geht dieser landwirtschaftliche Mechanisierungsprozeß im Anschluß einer Agrarkrise, wie sie Amerika noch nie erlebt hat, rüber weiter und zwingt den amerikanischen Farmer zur Aufnahme von Krediten für mechanische Verbesserungen, will er sich gegen die zunehmende Konkurrenz und Preisunterbietung überhaupt über Wasser halten. Ohne wirtschaftliche Notwendigkeit werden der amerikanischen Landwirtschaft jährlich Maschinenwerte von Hunderten von Millionen Dollar von den allmächtigen Industrien aufgezwingen; so allein im Jahre 1930 Traktoren für 145 Millionen und andere Farmmaschinerie für 146 Millionen Dollar. Diese Mechanisierung bedeutet bei den stetig fallenden Produktionspreisen den Ruin der Landwirtschaft, bedeutet die Profitschwächung.

In den Schulen der Autometropole Detroit werden täglich über 20 000 Kinder mit einer Mahlzeit versorgt, deren Kosten von 5 Cents pro Kind durch öffentliche Sammlungen eines städtischen Wohlfahrtskomitees aufgebracht werden. Wie die städtischen Behörden feststellen haben, ist diese Mahlzeit die einzige Verpflegung, die ein großer Teil der Kinder überhaupt erhält. So kommen nach den gewiß unüberdachten Aussagen der Lehrkräfte Tausende von Kindern, ohne überhaupt einen Frühstücksbissen zu Hause erhalten zu haben, in die Schulen und sitzen sich beißend auf die Mahlzeit, die wegen der Schwierigkeiten der Geldaufbringung sehr häufig unzureichend ist. Die eiserne Faust Gords hängt sichtbar über der Stadt und vermag auffälligen Stadtwesen leicht zu ihrem Schicksal zu bemerken, daß das Großkapital Gott und Ford kein allwissender Prophet ist.

Dagegen schreit die „Notlage“ der amerikanischen Stahlindustrie, deren finanzielle Schwierigkeiten erst vor wenigen Wochen durch die zehnprozentige Kürzung aller Arbeiter- und Angestelltenlöhne so eindringlich vor Augen geführt worden ist, wirklich zum Himmel. Oder magt jemand daran zu zweifeln, wenn die Geschäftsausweise nach Abschreibung reichlicher Reserven klipp und klar beweisen, daß die United States Steel für die ersten neun Monate des laufenden Jahres einen Nettogewinn von 21,7 Millionen Dollar ausweisen vermochte, die Bethlehem Steel 7,4 Millionen und die Youngstown 1,17 Millionen Dollar? Daß die Arbeitnehmerschaft durch den Lohnabbau gegen acht Millionen Dollar eingebüßt hat, ist für die Wirtschaftsgeschichte derer um Mellon und noch nebenbei.

Und nun noch ein anderes Kapitalistenstücklein, das zeigt, daß die Welt für die herrschende Klasse doch nicht ganz so übel und hoffnungslos aussieht, wie das professionelle Klageneschrei erwarpen läßt. Während sich im Oktober die Zahl der Bankensammlungen auf 512 mit einem Gesamt-Depositenkapital von 566 Millionen Dollar belief, ist diese Rekordziffer im November auf 25 Bankschließungen pro Woche gesunken. Wie die leitenden Finanzkreise beruhigend feststellen, hat die Bankentriebe damit wieder das normale Niveau des Jahres 1930 erreicht. Die Gesamtsumme der in diesem Jahre durch Bankbankrotte und -schließungen festgelegten Beträge beläuft sich auf über 1500 Millionen Dollar. Sicherlich ein schöner Geldhaufen, wenn bedacht wird, daß er hauptsächlich aus den Taschen der kleinen Leute stammt.

So schaut das wirkliche Amerika an einem Wintertage 1931 aus. Aus Jammer und Leiden ist hier auch hier der Schrei der Massen nach Freiheit und Glück, taucht auch hier die Frage auf, wie sich die Welt vor der alles zermalmenden kapitalistischen Dampfwalze retten kann.

Sport

Uniformverbot und Bundesadeln

Nach Preisermittlungen sollen die der Zentralkommission für Arbeitererwerb und Körperpflege angeschlossenen Verbände zu den politischen Organisationen getrennt werden, denen auf Grund der 4. Notverordnung das Tragen ihrer Organisationsabzeichen verboten ist. Die Zentralkommission erklärt dazu, daß ihre von einem solchen Verbot nichts bekannt ist und daß sie selbst entschieden bestrafe, eine politische Organisation im Sinne der erwähnten Notverordnung zu sein. So lange also nicht ausdrücklich von amtlicher Stelle das Tragen der Bundesadeln verboten worden ist, liegt kein Grund vor sie abzulegen. Ebenfalls kann in der einheitlichen Sportkleidung (Sportdress) eine Uniform erblüht werden. Demnach kommt dieser Teil der Notverordnung für die Mitglieder der Arbeiter-Turn- und Sportverbände nach unserer Ansicht nicht in Frage.

Zentralkommission für Arbeitererwerb und Körperpflege

H. Wildhans.

Arbeiter-Turn- und Sportbund e. V.

C. Geller.

Aus aller Welt

100 Abtreibungsfälle in Sauglau

Stuttgart, 22. Dez. In Sauglau gibt es, wie die Süddeutsche Arbeiterzeitung zu berichten weiß, einen neuen Mord- und Abtreibungsprozess. Der Staatsanwalt hat bereits über 80 Abtreibungsfälle festgestellt und 20 Frauen aller Gesellschaftskreise wegen Abtreibung verhaftet. Die meisten davon mühten zwar wieder entlassen werden, doch eine Anzahl Frauen sind in Haft. In mehr als 100 Fällen sollen Abtreibungen durch eine Frau vorgenommen worden sein. Die Abtreibungsfälle sollen jedoch mehrere Städte und Dörfer umfassen.

Heinz Bahusen gegen Kaution aus der Haft entlassen

Reem, 22. Dez. In der Voruntersuchung gegen die Gebrüder Bahusen hat der Untersuchungsrichter im Einverständnis mit der Staatsanwaltschaft auf Antrag der Verteidigung beschloß, Heinz Bahusen gegen Sicherheit von 100 000 M. aus der Haft zu entlassen. Mit dem Abschluß der Voruntersuchung ist in den nächsten Tagen zu rechnen.

Grilllose Entlassung von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern der Darmstädter Volksbank

Darmstadt, Gestern abend fand hier im Städtischen Saalbau eine außerordentliche Generalversammlung der Darmstädter Volksbank statt, die in später Nachtstunden die grilllose Entlassung der bisherigen Vorstandsmitglieder beschloß. Weiter wurde der Aufsichtsrat ermächtigt, Begleichungen gegen den bisherigen Aufsichtsrat und Vorstand zu stellen und evtl. den Klagenweg zu beschreiten. Eine dritte Entschließung wendet sich gegen die Höhe der Gebühren für die für das Verwaltungsverfahren bestellte amtliche Periode, die als übermäßig hoch bezeichnet wurde. Die Wahl eines weiteren Aufsichtsratsmitgliedes wurde von der Tagesordnung abgelehnt.



Das neue Bierpfennigstück, das jetzt zur Ausprägung gelangt.

Ein Pferd für Mk. 2.50

Die Verelendung des polnischen Bauern - Enormer Bargeldmangel

Dem Berliner Tageblatt wird aus Warschau berichtet: Daß die Lage der polnischen Bauern verzweifelt ist, weiß man und mußte man. Die Abgeordneten in den Sejmoulois überbieten einander zur Zeit in der Wiedererlangung der Einzelheiten, die Tagessitzungen bringen ausführliche Lageberichte vom landwirtschaftlichen Preismarkt. Aus ihnen, wie aus den Worten der Abgeordneten, geht hervor, daß sich

das flache Land in seinem schweren Elend

und seiner unvorstellbaren Bedürfnislosigkeit von der Regierung gleichsam emanzipiert hat. Nur so wird erklärlich, daß das Elend von 67 Prozent der polnischen Bevölkerung zu nicht mehr als gelegentlichen matten Protesten führt.

In welchem Ausmaß die Preise gefallen sind, erhellt aus den folgenden Ziffern: Für 16 Pferde, die letzten ein Gut in Schlesien zum Verkauf stellten, wurden 320 Zloty (etwa 150 Mark) bezahlt. Ferner wurden

im Einzelschritt für Bauernpferde fünf, acht und zwölf Zloty (2,50, 4 und 6 Mark) bezahlt.

Der höchste Preis, den ein erstklassiges Zugs Pferd erzielen konnte, waren 50 Zloty (25 Mark). Ein Paar Ferkel brachten 8 Zloty, also 4 Mark. Eine Kuh im Durchschnitt 30 Zloty, gleich 15 Mark. Der demandierte Höchstpreis, den eine erstklassige trächtige Kuh erzielte, war 120 Zloty (60 Mark).

Dasselbe Preisniveau wie Schlesien weist Galizien auf. Dort werden für Pferde durchschnittlich 15 bis 20 Zloty (7,50 bis 10 Mark) bezahlt, für Kühe durchschnittlich 20 Zloty (10 Mark) und für schwere Schweine 15 Zloty (7,50 Mark).

Man könnte fragen, warum angesichts solcher Preise die Bauern ihr Vieh überhaupt verkaufen. Sie sind dazu gezwungen, weil die Futtermittel infolge schlechter Ernte im Preise relativ gestiegen sind.

Futtermittel zu kaufen, ist dem Zwerghauern heute unmöglich, und Futtermittel anzubauen, war ihm von je unmöglich, weil die geringe Fläche, die er besitzt, zum Anbau von Kartoffeln und Korn

Explosion an Bord eines deutschen Dampfers

Neugort, 22. Dez. An Bord des 3000 Tonnen großen deutschen Frachtdampfers „Dein Dorn“ ereignete sich heute im Maschinenraum eine Explosion. Vier Seizer wurden schwer verletzt.

Im Allgäu 30 Grad unter Null

Fronten (Allgäu), 22. Dez. Die Temperatur in Frontenried und in Fronten-Steinbach ist bis auf 25 Grad bzw. 30 Grad unter Null gesunken. Die Vögel kommen zu den Futterplätzen ins Tal.

Hellseher-Krieg

Vor der Zivilkammer beim Landgericht 3 in Berlin fand ein Termin in der Klagephase statt, die der Hellseher Erik Jan Danussen gegen seine Konkurrenten, den Parapsychologen Max Moede, anstrengt hat; eventuelle Beweisnahme und Urteilsverkündung wird jedoch erst nach Weihnachten erfolgen. Vorläufig hat Danussen gegen Moede eine einstweilige Verfügung erwirkt. Durch diese Verfügung wird es dem Beklagten Moede unterlag: 1. Herrn Danussen als einen „Trik- und Pseudohellseher“ zu bezeichnen, 2. sich selbst als gerichtlichen Sachverständigen in Berliner Danussenprozessen auszugeben und 3. unzulässige Schärpen in seiner Kritik gegenüber Danussen zu vermeiden. Moede will sich den Bestimmungen dieser Verfügung auf die Dauer jedoch nicht unterwerfen und hat deshalb verlangt, daß im Prozeßweg darüber entschieden werde. Danussen ließ nun wieder durch seinen Anwalt erklären, daß er sich nicht gefallen lassen wollte, durch Moede länger „in den Dreck gezogen“ zu werden; Moede lehnte an „harter Uebermütigkeit, die sogar die Grenze des Katholischen Kreises“ übersteigt. Der Anwalt Moedes machte demgegenüber den Standpunkt geltend, daß Danussen eben nichts weiter als ein Trickhellseher wäre, indes kein Mandant sich als wissenschaftlicher bemühe, die Fragen des Okkultismus nach streng wissenschaftlichen Gesichtspunkten zu lösen. Herr Danussen sei ein Artist, und als solcher könne er nicht „wegen unläuterer Wettbewerb“ die Unterlassung jeder Kritik verlangen.

Der Lübecker Kindersterbenprozeß

Lübeck, 22. Dez. In der heutigen Verhandlung des Calmette-Prozesses betonte Prof. Dr. Sahm in seinem Schlussworte, daß man die Möglichkeit einer virulenten Steigerung beim BCG nicht bestreiten könne. Die Kulturen könnten, wenn man eine Virulenzsteigerung annehmen wolle, in Lübeck nur durch die Art der Züchtung virulent geworden sein. Der Sachverständige hält einen Rückschlag im Lübecker Fall für unwahrscheinlich. Die einzelnen Fälle, in denen sonst Schädigungen nach BCG-Fütterungen beobachtet wurden, bezogen sich immer darauf, daß eine Schädigung im Kindesalter stattfand. Eine Abspaltung virulenter Keime im Lübecker Fall sei deshalb als unwahrscheinlich zu bezeichnen; vielmehr sei damit zu rechnen, daß durch virulente Bazillen im Impfstoff Verunreinigungen entstanden sind.

Erdbeben auf der Schwäbischen Alb

Stuttgart, 22. Dez. Die Erdbebenwarte Stuttgart, Hohenheim und Ravensberg registrierten heute früh um 3.48 Uhr ein Erdbeben, dessen Herd auf der Schwäbischen Alb in der Gegend von Öttingen liegen dürfte. Schaden ist kaum entstanden.



Für die Feiertage:
Messmer Kaffee
der Fest-Kaffee
Gehaltvoll und wohlschmeckend
mit Prämienpunkten

Unsere alten bewährten Mischungen

Brasil 1/4 Pfd.-Pkt.	70
Haushalt 1/4 Pfd.-Pkt.	80
Frauenlob 1/4 Pfd.-Pkt.	90
Bad. Badener 1/4 Pfd.-Pkt.	1.00

Unsere Tee's sind aromatisch

Bis 24. Dezember sind unsere Filialen durchgehend geöffnet.
Benützen Sie die Mittagsstunden zu Ihren Einkäufen.

Geschmackvolle moderne Geschenkdosen leer und gefüllt .. und Rückvergütung

Pfannkuch

Gewerkschaftliches

Gesamverband und Preisabbau

Vom Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs wird uns mitgeteilt, daß der Bezirksvorstand Karlsruhe eine Entschließung angenommen hat, in der es u. a. heißt, nachdem in der Einleitung die allgemein schwierige außen- und innenpolitische Lage anerkannt wird:

Um ein weiteres Umsichgreifen der Verzweiflungstimmung, die sich nicht nur der Erwerbslosen, sondern in weiten Teilen auch derer bemächtigt hat, die noch in Arbeit und Brot stehen, zu verhindern; um einem weiteren Anschwellen der Radikaldemagogie von rechts und links mit all seinen verderblichen Folgen, insbesondere auch für das deutsche arbeitende Volk, Einhalt zu gebieten; um, als Voraussetzung hierfür, dem deutschen arbeitenden Volk einen zu einem menschenwürdigen Dasein ausreichenden Reallohn zu erhalten, aber wieder zu erringen, hält es der Bezirksvorstand des Gesamtverbandes für das dringende Gebot der Stunde unter Einfluß aller gewerkschaftlichen und politischen Machtmittel der Arbeitnehmererschaft und ihrer Organisationen in breiter Front den Kampf für einen zähen und ausreichenden Preisabbau aller lebensnotwendigen Ge- und Verbrauchsgegenstände zu organisieren.

Träger des Preisabbaukampfes muß die Masse der Arbeitnehmer in ihrer Gesamtheit sein, deren Wille in den örtlichen Zentralinstanzen der freien Gewerkschaften, dem ADGB, dem IAB und dem ADW durch Bildung von örtlichen Preisüberwachungs-ausschüssen zusammengefaßt werden muß. Aufgabe dieser Ausschüsse muß es sein die Bedarfsbedeutung der arbeitnehmenden Bevölkerung auf die örtlich billigen Bezugsquellen zu dirigieren und den Preiskommissar durch Uebermittlung von Material zum Eingreifen bzw. zur Herbeiführung eines ausreichenden Preisabbaues zu zwingen.

Der Kampf der Ueberwachungs-ausschüsse hat sich aber nicht nur auf die Ermäßigung der Preise der Gegenstände des täglichen Bedarfs, sondern in derselben Weise auch auf die Sentung der Mieten und kommunalen Leistungen zu erstrecken.

Der Einzelne ist auch im Preisabbaukampf nichts. Zusammengefaßt aber in ihren Organisationen ist die Arbeitnehmerschaft eine Macht, der es gelingen wird, auch diesen Kampf im Interesse der Erhaltung eines lebensnotwendigen Reallohns erfolgreich zu Ende zu führen.

Schiedsprüche

Im Versicherungsgewerbe. In Ausführung der Notverordnung vom 8. Dezember ist gestern durch einen des Reichsarbeitsministerium bestellten Sonderrichter ein Schiedspruch gefällt worden, der folgendes vorliegt: Die Gehälter der Versicherungsangestellten werden um 15 Prozent gekürzt, ungekürzt bleiben hierbei die Sozialzulagen und Sperrsätze.

Im Bankgewerbe. Im Reichsarbeitsministerium wurde gestern über die Gehaltsregelung im Bankgewerbe ab 1. Januar verhandelt. Nach längerer, sehr bewegter Aussprache erklärte der Reichsverband der Bankleitungen, daß er eine freie Vereinbarung ablehne und sich streng an die Notverordnung halte. Die Entscheidung des Schiedsrichters wird morgen erfolgen.

Für die Maßschneiderei. Für die deutsche Herrenmaßschneiderei wurden durch Schiedspruch die Löhne durchschnittlich um etwa 7 Prozent herabgesetzt. Der neue Tarifvertrag gilt für das ganze kommende Jahr, während der Vorvertrag mit einmonatiger Frist erstmals zum 31. August 1932 gekündigt werden kann. Ein ähnlicher Schiedspruch ist auch für die Damenmaßschneiderei gefällt worden.

Kleine bad. Chronik

Autounfall

Bietlaheim, 22. Dez. Heute Vormittag 10 Uhr ereignete sich hier am Orisingang der Karlsruheer Straße ein noch auf abgelaufener Autounfall. Der dem Mühlenselbesitzer W. als in Durmersheim gehörende und schwer mit Mehl beladene Lastwagen fuhr in voller Geschwindigkeit in den Chauffeurgraben, so daß der Wagen umkippte und schwer demoliert wurde. Die beiden Insassen kamen unverletzt mit dem Schrecken davon. Des Unfalls ist darauf zurückzuführen, daß ein von Durmersheim kommender Personenzug überholen wollte, jedoch allzu früh wieder in die rechte Fahrbahn einbog, so daß derselbe den linken Reifensel kreuzte und auf diese Weise der Fahrer des Lastwagens die Herrschaft über seinen Wagen verlor und in den Chauffeurgraben fuhr. Infolge einem großen Wagenstöße sind auch mehrere Mehlsäcke durch die Macht des Anpralls zerplatzt. Der Schaden dürfte sich auf etwa 1000 Mark belaufen.

Unterzombach. Einer der ältesten Bürger der Gemeinde, August Müller, der im Vorjahre noch die diamantene Hochzeit feiern konnte, ist hier im Alter von 83 Jahren gestorben und unter großer Anteilnahme der Bevölkerung beigesetzt worden.

Oberhausen (Amt Bühl). Die Mitglieder des Viehverkehrsvereins erklärten sich in der Mehrheit für die Auflösung des Vereins, weil kein Landwirt mehr in der Lage sei, die hohen Beiträge zu zahlen.

Mannheim. Montag nachmittags Internam ein Hilfsbeizer aus Waldhof einen Selbsttötungsversuch, indem er sich in seiner Wohnung mit einem Rasiermesser eine Schnittwunde am linken Unterarm beibrachte. Der Verletzte wurde mit dem Sanitätskraftwagen ins Krankenhaus gebracht. Grund zur Tat sind strittige Familienverhältnisse.

Kappelwinkler (Amt Bühl). Am Rinken Schöbaum brannte das Anwesen des Baugewerksmeisters Winkler vollständig nieder. Mit der Verhütung gingen reiche Holzvorräte in Flammen auf. Das Feuer ist vermutlich durch Kurzschluss entstanden. Die Löscharbeiten wurden durch Wassermangel erschwert.

Gengenbach. Der Brand im Staatlichen Vordruckerwerk ist durch die Explosion eines Rohölmotors entstanden. Der Gebäudeschaden wird auf rund 7000 Mark, der Schaden an Maschinen auf etwa 80.000 Mark geschätzt.

Kahr. Seit Ende voriger Woche wird der hier anläßliche Rechtsanwalt Ottenhöfer vermisst. Die Nachforschungen haben ergeben, daß er am Sonntag morgen voriger Woche ein Freiburger Hotel, in dem er übernachtet hatte, verlassen hatte; er ist seitdem nicht mehr zurückgekehrt. Seine Identifizierung hatte er in dem Hotel zurückgelassen. Man befürchtet, daß Rechtsanwalt Ottenhöfer sich ein Leid angetan hat. Die Beweismittel sind unbekannt.

Reinsheim. In der Kasse einer diesigen Metzgerei fehlten seit einiger Zeit bald kleinere, bald größere Beträge, ohne daß man sich das Verschwinden erklären konnte. Dieser Tage konnte aber als Täter ein 18jähriger, elternloser Knabe aus der Nachbarschaft als Täter ermittelt werden. Dem Jungen, der bei der Festnahme einen geladenen Revolver (1) bei sich trug, fehlen noch nach über 200 M. in die Hände.

Auf den Schlachtfeldern der Mandschurei

Von Dr. Tang Leang Li

Tsifitar.

Stimmend aus Sonne, weitem Staub und gelbem Lössland taucht ein Gewirr von flachen, niedrigen Lehm- und Bambusbütten auf, überlagert von einem Netz von modernen, hier völlig grotesk wirkenden Steinbauten: Tsifitar, der Hauptmarktort am Nonni, nach Charbin überhaupt der größte Handelsplatz der nördlichen Mandschurei.

Die geschweiften Dächer der Holz- und Lehmbauten tragen typisch chinesischen Charakter, aber schon bei einem flüchtigen Gang durch das Innere der Stadt erkennt man, wie schwer es im Grunde ist, festzustellen, welche Nationalität eigentlich im Tsifitar vorherrschend ist. Die Chinesen bilden jedenfalls nur einen Bruchteil der etwa 90.000 Seelen zählenden Stadtbevölkerung, und die Uniformen der wenigen chinesischen Regierungsbeamten und Soldaten, die — meist waffenlos — im Gewühl der Straßen umhergehen, verschwinden fast ganz in der Masse der Mandchus, Kurjäten, Gildjaden, Tungusien, Dauren, Golden und Orotschen. Nur der Europäer, der die Kassenmerkmale der einzelnen mongolischen Stämme nicht kennt, wird irrtümlich alle diese gelben Menschen in einen Topf und nennt sie „Chinesen“. Nach viele Russen liebt man in Tsifitar Straßen. Die russischen Holzhäuser und Säen bezeichnen den großen Markt und selbst Grenzposten sieht man die von Mergan und den übrigen sibirischen Grenzorten herübergekommen sind und hier unbehelligt in voller Uniform herumlaufen. Das sind aber tauchen immer wieder die einig lächelnden Gesichter der Söhne Nippons auf. Gleich in dem ersten Platz, den ich in Tsifitar betrat, erlebte ich die Ueberrumpfung, fast des vertrauten, chinesischen Grußes „Saben Sie schon Ihren Reis?“ das japanische „Komba wa Utana“ zu hören. Der Geschäftsinhaber war Japaner und es dauerte nicht lange, bis ich feststellen konnte, daß mindestens zwei Drittel der Geschäfte Tsifitars in japanischen Händen sind. Von den drei Banken der Stadt sind zwei japanisch, und selbst die Sodagebinde, die hervorragende Einnahmequelle Tsifitars wird von einem japanischen Konzern kontrolliert.

Händler und Senker

Und so wie hier ist es überall in der nördlichen Mandschurei, die zwar als Provinz der Union politisch einen Teil der chinesischen Republik darstellt, in Wirklichkeit aber seit 1905 von den Japanern in bestmöglichster Arbeit „durchgrungen“ worden ist. Japanische Kaufleute und Händler, japanische Bahnbeamte, japanische Siedler haben das ganze Land am Nonni und Sungari mit einem Netz überzogen. Wenn die Tsifitar Regierung heute von den großen japanischen Interessen in der Mandschurei spricht und sich darauf beruft, daß sie ihre dort lebenden Untertanen schützen muß, so ist das keine Phrase. Aber man darf nicht vergessen, daß diese große japanische „Kolonialisierung“ in der Mandschurei künstlich geschichtet worden ist und auf fremdem Boden und auf Kosten der einheimischen Bevölkerung.

Auf Schritt und Tritt begegnet einem in Tsifitar ein grotesker Gegenatz zwischen Alt und Neu. Während der Markt, der Hauptmarktort und die ihn umgebenden Stadtviertel noch ganz den Charakter der nordchinesischen Städte tragen, erheben sich im Kern der Stadt moderne Straßenzüge mit mehrgeschossigen Steinbauten. Durch diese neuzeitlichen Straßenzüge aber flutet der Wirrwarr des mongolischen Verkehrs. An der neuen Landstraße vorüber treiben die Kurjäten und Tungusien ihre schlabigen Kinder- und Büffelherden. Auf dem Marktort vor dem vierstöckigen, japanischen Warenhaus vollzieht sich noch altmongolischer Sitte der Scharfrichter auf offener Straße die Todesurteile. Alles erscheint hier desolater, unnützlich, hilflos, leidend Tsifitar durch das Vordringen der „sibirischen“ Japaner seine nationale Eigenart verloren hat. Es liegt aus, als habe eine unglückliche Kriegenstunde all diese Broden in den verstreuten Gebieten der Welt aufgewälzt und hier stumm und wahllos nebeneinander aufgebaut.

Klöster

Einige tausend Yi westlich von Tsifitar, auf dem rechten Ufer des Nonni, liegt wie eine blendend weiße Fata Morgana mitten im Sand der Wüste, das Lamaistenkloster von Tsifitar, eine ganze Stadt mit Mauern, Vorhöfen, Pagoden, Türmen und Zinnen. Hierbei kommen an den Festtagen die endlosen Reiben der kleinen, einpännigen Wägelchen der burjatischen und mandchurischen Landbevölkerung. Hier sammeln sich in den Vorhöfen und vor den Mauern viele Tausende von Pilgern, teils um zu betteln, teils um zu handeln, und in das Geräusch der Händler mischt sich das monotone Anrufen der lamaistischen Gebetsmänner.

Diese mongolischen Klöster, abgesehen von der neuen Welt des Motorrades und der Telegraphen, die sich in der Mandschurei heute breitmacht, sind die letzten Resten der nationalen Eigenart.

Telegraphen und Gebetsmichel

Von Mergan, der größten sibirischen Stadt am Nonni bis zum etwa 400 Kilometer südlicher gelegenen Tsifitar geht eine russische

Zugverkehr im Kurjal. Vom Samstag, 2. Januar, an fällt Zug 3903, Schönmünzsch ab 4.45 Uhr, auf der Strecke Schönmünzsch — Gernsbach aus. Auf der Strecke Gernsbach — Kastrat — Karlsruhe verkehrt er im bisherigen Fahrplan unverändert. — Vom gleichen Zeitpunkt ab verkehrt Zug 3907, Schönmünzsch ab 6.22 Uhr, zwischen Schönmünzsch und Kastrat täglich.

Geltungsbereich der Sonntagsruhebestimmungen über Weihnachten und Neujahr. Die Reichsbahndirektion Karlsruhe teilt mit: Nach neuerer Anordnung endet die Geltungsbereich über diese Zeit gelösten Sonntagsruhebestimmungen am 4. Januar 1932 um 24 Uhr. Die Rückfahrt, auch mit mehreren aneinander schließenden Karten, muß also los angetreten werden, daß sie zu dieser Zeit beendet ist.

Aus dem Gerichtssaal

Gestohlenes Benzin

Der verheiratete Josef G. aus Forchheim war beschuldigt worden, aus einem Anwesen am Weidbühl Benzin gestohlen zu haben und war deshalb des schweren Diebstahls angeklagt. Als er sich krank gemeldet hatte, wurde er bei seiner Firma entlassen. Als er dann wieder gesund war, fuhr er eines schönen Tages auf seinen früheren Arbeitsplatz, um zu sehen, ob man ihn wirklich wegen Arbeitsmangel entlassen hat. Da er niemand sah, fuhr er über einen kleinen Baum, der einen Meter hoch war, und sah sich dort um. Ungefähr zur selben Zeit wurde auf diesem Platz ein Faß Benzin von dem Platz einer Benzingeellschaft an die Grenze des Grundstückes getrollt, mittels einer Pumpe eine Kanne gefüllt und in einen in der Nähe liegenden Schuppen verbracht. Ein Anwohner sah nun den Angeklagten aus dem Schuppen kommen, als er mit seinem Motorrad davonfuhr. Da der Benzindiebstahl gleich entdeckt wurde, begannen sofort die Nachforschungen. Für 7 Mark Benzin war gestohlen worden! Der Angeklagte litt wegen dieser Sache bereits vier Wochen in Haft! Er befreitete jede Schuld. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von drei Monaten, da es sich bei dem Verbrechen eines Juwenes, und wenn er auch nur einen Meter hoch ist, um einen schweren Diebstahl handelt. Der Verteidiger beantragte die Freilassung, da trotz der vielen Bedachtmomente doch vieles dafür spricht, daß es sich um ein anderer gewesen sein kann und unglückliche Zufälle den Angeklagten belasteten. Wenn jemand für 7 Mark etwas kauft, ist dafür vier

Dampfverbindung. Der „Burlat“, ein altersschwacher Kaddampfer vermittelt in der Woche den Verkehr zwischen Mergan und Tsifitar. Stromadwärts aber gibt es keinen Dampfverkehr. Wir mühen uns für die Weiterfahrt auf dem Nonni flussabwärts schon einer Dignost anvertrauen.

Enbloß, gelbliche Ebenen, von wenigen Bodenschwellen durchzogen, düre Steppenartier, wenig Gebirg, hier und da die Purthas eines Kurjätenortes und die elenden Hütten einer asktnerlasten chinesischen An siedlung — das ist das Gesicht der Landchaft, die heute einen gefährlichen Brandherd im fernen Osten darstellt. Über die große, erhabene Einlamte, die über dem Land am oberen Nonni, in den sibirischen Wäldern und den nackten, feilen Felsen des Chinganghans liegt, ist hier bereits durchbrochen. Denn querfelden durch die traurige Weite ziehen sich schon die Pfosten und Drähte der Telegrafienlinie Tsifitar—Charbin und die langen unregelmäßigen Stangen der mongolischen Dörfer mit ihren flatternden Gebetwimpeln scheinen sich förmlich erschrecken zu bücken vor diesen grablinigen selbstbewussten Telegrafendrähten und umhertreibenden Drähten.

Sibirische Bahn

Dann taucht die große Verkehrsader des fernen Ostens auf, die transsibirische Bahnlinie, die hier zwischen Mandchurien und Charbin den Nonni überquert. In hübenem Schwung durchbricht die einlame Landchaft die unregelmäßigen Eisenkonstruktion der großen Konkrete. Lange bevor die Erregung dieser Brücke den Aufstakt bildete an dem verhängnisvollen Vormarsch der japanischen Truppen, trug das Bild der Gegenend um den Konkretebrücken bereits ein kriegerisches Gesicht. Köstlich des Brückentopfes befand sich ja bereits ein festes Lager chinesischer Truppen angelegt von dem japanfreundlichen Marschall Tangjolin, nach seinem Tode aber ein Gegenstand dauernder Unruhe für die japanischen Militär.

Stellungstriebe

Südlich des Brückentopfes aber befand sich die Feldstellung eines japanischen Infanteriebataillons, eine regelrecht ausgebaute Feldstellung, mit Laufgräben, Maschinengewehrnestern und Wellblechbarakden. Japanische Wachtposten patrouillierten auf dem Bahndamm und die militärische Telephonleitung vom Konkretebrückentopfe nach Kirin (die nicht über Charbin ging) wurde dauernd durch japanische Kavallerieposten gesichert. „Bahnstrecke“ nannten die Japaner diese Truppen auf sibirischem Hoheitsgebiet. Die mandchurische Bevölkerung nannte sie etwas anders. In Wirklichkeit waren diese „Bahnstreckentruppen“ auch nie etwas anderes als die Vorpostenstellung der beiden, an der forensischen Grenze stehenden japanischen Divisionen.

In Tsifitar merkt man leicht, daß wirtschaftlich ein tiefer Haß der eingewanderten Bevölkerung gegen die einheimischen Japaner vorhanden ist, ein Haß, der sich ab und zu in offener Feindschaft Luft macht. Mit dieser Japanfeindschaft hat aber die chinesische Regierung fastlich recht wenig zu tun. Der Einfluß Nankings oder Pekings in den mandchurischen Provinzen ist nie groß gewesen. Nur der verstorbenen Marschall Tangjolin hat hier lange Zeit hindurch eine faktische Gewalt ausgeübt, da er über völlig unter japanischem Einfluß stand und der erbitterte Feind der Kuomintangregierung war, dürfte der Haß gegen die Japaner schwerlich von ihm ausgehen.

Nicht die chinesischen Behörden in Muden, Charbin und Tsifitar sind die Träger des Hasses gegen die Japaner, sondern vielmehr die mandchurische Bevölkerung selbst, die für das japanische Expansionsbedürfnis kein Verständnis hat und die Japaner als freche und unerwünschte Eindringlinge betrachtet.

Die Mandus

Es bedarf keiner Frage, daß die japanischen Truppen in Ausrüstung und Disziplin den chinesischen Streitkräften in der Mandschurei überlegen sind. Andererseits aber darf man nicht übersehen, daß gerade die Mandchuren das kriegerischste Element Chinas darstellen. Ihre Scharen waren es, die vor 800 Jahren wie ein Sturmwind über das Reich der Mitte hereinbrachen und in gemäßigtem Ansturm ganz China unter ihre Botmäßigkeit brachten. Und von alters her rekrutierten sich die besten chinesischen „Bannertruppen“ eben aus den Mandus. Auch heute dürften die freibewilligten Bewohner der mandchurischen Ebenen den Soldaten des Mandos noch recht viel zu schätzen machen. Wo japanische Granaten und Fliegerbomben eine ihrer „Banden“ zerstreuen, da sammeln sich bald wieder im Innern der großen Wälder neue Abteilungen.

Durch die Genen am Nonni ziehen heute die Winterstürme, füllen die Dörfer und Städte der nördlichen Mandschurei ein in ihrem wirbelnden Flodentanz, verhalten sich in weichen Wäldern das Sonnenbanner Da Nippons, das über Tsifitar weht und dessen die weiten Ebenen mit wärmendem Lichte. Möge es kein Verstummen werden für Tausende und aber Tausende von Menschen.

Wochen einsperren läßt, und bis zum Schluss unter Tränen befeuert, daß er sich nicht schuldig gemacht hat, so sollte sich das Gericht doch sehr überlegen, ehe es ein Fehlurteil fällt. Auf Grund der vielen Indizien aber, die gegen den Angeklagten sprechen, verurteilte das Gericht den Mann zu der geüblichen Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis. Ein sehr hartes Urteil, wobei man noch offen lassen muß, ob der Angeklagte wirklich schuldig ist. Kein menschlich betrachtet, scheint das zum mindesten recht fragwürdig.

Beinahe Heiratschwindler

Der gläubige Helfsundige Karl M. aus Teutschneureut war wegen Betrug und Unterschlagung schuldig. Vor dem Amtsgericht in Karlsruhe fand nun die Hauptverhandlung statt. Nach der Klage soll der Angeklagte einen Hausanstellungler den Betrag von 1300 M. abgeschwindelt haben mit dem Vorwand, er wolle sie heiraten. Als nämlich vor einem Jahr seine Frau gestorben war, habe er sich zunächst einmal zu einem Heiratbüro, um sich eine neue Gattin zu suchen. Die er dort „verheiratet“ bekam, lagte ihm aber nicht zu. Da erinnerte er sich einer früheren Patientin, die er als Helfsundiger einmal behandelt hat. Er sagte ihr, wie er Heirat gehabt habe mit seiner Brautjungfer, und ob sie nicht mitkommen wolle als Hausbäuerin. Sie ging mit und kam nach Teutschneureut. Durch das Verdrehen des Angeklagten, daß er sie heiraten würde, gab sie ihm ihr ganzes Geld, das sie erpariert hatte. Dafür wurden nun Möbel gekauft, die er der Hausbäuerin aus „Sicherheitsgründen“ gleich übereignete, obgleich sie noch nicht einmal voll bezahlt waren. Das Verhältnis entwickelte sich aber nicht so, wie es der Angeklagte gerne wünschte. Im Gegenteil, die junge Hausbäuerin wurde krank und litt an schrecklichen Verdauungsleiden, die ihre Verbindung nach der Heirat namentlich machten. Als er allein war, mietete er in Karlsruhe eine Wohnung unter dem Vorwand, er habe eine große Praxis und könne den Mietpreis nicht bezahlen. Das war aber nicht der Fall. Im ganzen kamen zwei Kunden, lagte die Jungfer, die ihrer Praxi nachsehen konnte. Wegen all dieser Dinge hatte sich der gläubige Mann nun zu verantworten. Auf Grund des medizinischen Gutachtens über die Hausbäuerin wurde in diesem Punkte die Anklage fallen gelassen und eine Verurteilung nur wegen der Uebereignung der Möbel und dem Mietvertrag statt, wofür der Angeklagte eine Gefängnisstrafe von 3½ Monaten erhielt, die er auch sofort annahm. Es ist anzunehmen, daß recht gefährlich, wenn in dem Alter noch Heiratsbedanken kommen und das notwendige Geld fehlt.

Kauft eure Bücher zu Weihnachten in der Volksfreund-Buchhandlung Waldstr. 28

Volkswirtschaft

Mündiges Volk

Uns wird geschrieben:

Mündig sein, heißt nicht nur frei über sein Vermögen, über seinen Willen und über sein Können schalten zu dürfen, mündig sein bedeutet in einem höheren Sinne auch „unter eigener Verantwortung zu handeln verstehen“. Sich nicht von fremden Einflüssen und eigenen Stimmungen treiben lassen, sondern nach Überlegung handeln und dann zu seinen Taten stehen, — das heißt mündig sein. Man hat uns — gerade uns Deutschen — in besseren Zeiten oft gesagt, wir seien ein mündiges Volk. Den Beweis, daß dies stimmt, können wir nirgends besser erbringen, als zu dieser Stunde. Seit in diesen Wochen und Monaten ärgster wirtschaftlicher Bedrängnis, in diesen noch nie erlebten Notzeiten hat uns das raube Schicksal an den Kreuzweg gestellt und vor die Frage: Sollen wir uns von dem trübe quellenden Strom des Misstrauens mitreißen lassen, oder sollen wir standhalten, kühl nachdenken, und dann stinnvoll und vernünftig handeln? Die, an die man diese Frage stellt, werden zwar unwillig die Köpfe schütteln: „Selbstverständlich wollen wir vernünftig und besonnen handeln!“ Aber wie sieht die Wahrheit aus? Da ist ein neummattiger Fremder gekommen, seltsam, geheimnisvoll, und hat getuschelt: Wissen Sie schon... Inflation... Spargeld in Gefahr...! Und kaum sind die Worte gesagt, da schließt das Misstrauen, die Angst schon lobend empor wie ein drasselndes Feuerwerk. Verlassen der gute Vorlat, sich nicht verblüffen zu lassen; verlassen jede ruhige Überlegung.

„Wissen Sie schon...“ ist berauschendes Gift, dem nur ganz feste, kühle Naturen widerstehen können. Fragt man einen der Aufgeregten nach plausiblen Gründen für sein Misstrauen, wird er ein wenig von „Inflation“ von „Alleshochdagehen“, von „Vorleben ist besser als Nachleben“, so von Dingen, die man sagt und nicht beweist, kottern, aber Gründe, wirklich stichhaltige Gründe vermag er nicht anzuführen.

Wir dürfen uns aber nicht einfach gedankenlos in einen Strom grundlosen Misstrauens hineinreißen lassen. Bei ruhiger Überlegung kann niemand an den wirklichen Tatsachen vorbeigehen. Diese Tatsachen aber sind die gerade in den letzten Wochen und Monaten von der Regierung und Reichsbank sich feilschenden Versuche, die Währung zu erschüttern, mit allen Kräften entgegenzulenken werden.

Nun liegt es bei uns, hier nach Kräften mitzuhelfen. Wir tun jedoch gerade das Gegenteil, wenn wir uns von den Demagoguen des Misstrauens leiten lassen, wenn wir unsere Spargelder, anstatt sie der heimischen Wirtschaft auf dem Wege über die Sparkassen zur Verfügung zu stellen, in den Strumpf stecken. Wir gefährden damit nicht nur uns selbst, betriegen nicht nur uns selbst um die Zinsen, sondern geben auch unsere Mitmenschen, unsere Nachbarn, Verwandten und Freunde neuen Gefahren preis. Denn Geldhamsterei und Höflichkeit vom Sparen führen zu Kreditkündigungen, zu Betriebsstilllegungen in Handwerk und Gewerbe, zu Arbeitslosigkeit und zu neuer Not und neuem Elend.

Die Sparer haben jetzt die Hand am Sebel der großen Wirtschaftsmaschine, jetzt wie noch nie! Sie müssen sehen, daß sie ein mündiges Volk sind, und sie müssen wissen, daß ihre Feinde da stehen, wo Misstrauen geät wird. Denn Vertrauen ist die beste Stütze einer Währung, eine bessere als Gold und Devisen.

Deutsche Arbeit — Deutsche Löhne

Eine der größten Kraftquellen Deutschlands ist die arbeits-technische Schulung des deutschen Volkes bzw. die Leistungsfähigkeit und Leistungsqualität einer Arbeiterschaft. Der Frankfurter Zeitung stehen zwei in dieser Beziehung sehr charakteristische Äußerungen zur Verfügung.

Ein deutscher Industrieller erzählt: „Als vor Jahren ein westdeutsches Großunternehmen den Bau von Landmaschinen aufnahm, ergaben sich erhebliche Kinderarbeiten. Die Arbeiterschaft konnte sich nicht daran gewöhnen, daß es bei Landmaschinen auf Bruchteile von Millimetern nicht ankommt. Sie wollte Landmaschinen nach feimechanischen Grundzügen bauen, machte die Arbeit zu spät und das kam zu teuer.“

Ein amerikanischer Industrieller erzählt: „Wir haben nunmehr in vielen Ländern der Welt Fabriken erworben oder errichtet und finden, daß das Lohnniveau in Deutschland zwar hoch ist, wenn man es schematisch mit dem Lohnniveau anderer europäischer Länder vergleicht. Wenn man aber berücksichtigt, was an feimechanischer Leistung aus dem deutschen Arbeiter herauszuholen ist, so erweist sich, daß das Lohnniveau für den gelehrten Qualitätsarbeiter nicht zu hoch ist, und wir überlegen uns daher, ob wir unbedingt unserer sonstigen Interessen unter neu erworbenes deutsches Werk zu einem Exportzentrum machen sollen.“

Hierzu bemerkt nun mit Recht die Frankfurter Zeitung: „So kann man kaum begreifen, daß in Deutschland bisher im wesentlichen eine Wirtschaftspolitik betrieben wurde, die die Weiterverarbeitung in Industrie und Landwirtschaft ausnutzen der Rohstoffherstellung nicht nur vernachlässigte, sondern geradezu schädigte. Erklärbar ist dies nur aus einer Art politischer Bequemlichkeit: Man fürchtet den Widerstand der großen Komplexe mit ihrer organisierten politischen Macht und den großen Arbeitern, wenn sie Einzelbetriebe. Die zerstückelte Weiterverarbeitung, die in Folge ihrer Vielgestaltigkeit schwerer zu einer einheitlichen politischen Macht zusammengefaßt werden kann, bei der jede Einzelstellung nur einige hundert oder tausend Arbeiter statt hunderttausend betrifft und bei der es häufig auch an der notwendigen wirtschaftspolitischen Erkenntnis fehlt, hat demgegenüber geringere Schwierigkeiten. Vergessen wird dabei, daß eine Aufzehrung des produktivsten Teiles der deutschen Wirtschaft einer Aufzehrung der deutschen Gesamtwirtschaft gleichkame.“

Die rohstofffreundliche deutsche Wirtschaftspolitik verneuert durch Zollmaßnahmen und Kartellbildungen vor allem Kohle, Eisen und Aluminium. Die einzelnen Unternehmungen der Weiterverarbeitung werden von diesen Verteuerungen natürlich verschieden stark betroffen, je nachdem, wie hoch bei ihnen die Materialkosten im Vergleich zu den Lohnkosten sind und welcher Kostenanteil jeweils auf die verschiedenen Materialien entfällt. Auch das erklärt, warum in der Weiterverarbeitung im Gegensatz zur Rohstoffindustrie eine einheitliche Linie und damit eine schlaakräftige wirtschaftspolitische Politik schwer zu erzielen ist. Der Automobilindustrie liegt vorwiegend über den Aluminiumpreis, der Schwermaschinenfabrikanten über den Eisenpreis, aber nicht umgekehrt. Für die Sorgen anderer hat man meist wenig Verständnis. Der Automobilindustrie oder Textilmaschinenfabrikanten kümmert sich wenig um den Eisenpreis, denn er braucht vorwiegend hochwertige Spezialstähle, bei denen insbesondere die Festigkeit nicht die gleiche Rolle spielt wie bei den normalen Eisen- und Stahlqualitäten, die durch die Frachtberechnungsmethode („Frachtbasis Oberhausen“) in Sachsen besonders belastet sind. Dazu kommt, daß die indirekten Belastungen durch die Rohstoffverteuerung schwer zu berechnen sind. Rein industrieller vermag zu sagen, wie weit auch die fertig hergestellten Halbfabrikate und Produktionsmaschinen durch den Rohstoffpreis überverteuert sind, und noch weniger, wie weit auch der



Verhandlungen des Preisabbaufommiffars

Myteriöse Vergewaltigungsaffäre

Reidenburg, 22. Dez. (SPD). Der Oberlandjäger Reinholz und Frau wurden hier am Dienstag „wegen gemeinschaftlich wissenschaftlicher Anschuldigungen in Tateinheit mit Verleumdungen“ zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Der Prozeß ist auf Anzeigen zurückzuführen, die Reinholz und Frau über den Leiter der Landjägererei des Kreises Reidenburg, den früheren Landjägerleutnant Brandstätter, gemacht haben. Brandstätter war jahrelang der Vertraute des Landrats des Kreises, des inzwischen verstorbenen deutschnationalen Freisheeren von Mirbach.

Reinholz und seine Frau behaupten, daß Brandstätter am 7. August 1928 in angestrichenem Zustand in Sottau ihre Dienstwohnung aufgesucht habe, obwohl er hätte wissen müssen, daß der Wohnungsinhaber abwesend war. Brandstätter soll sich in der Wohnung auf das Sofa gesetzt und im Verlauf der Unterhaltung mit Frau Reinholz die Aeußerung getan haben: „Der Minister — gemeint war Grafstein — ist auch so ein Kollak und ebenso ein Wärdensjäger wie wir.“ Daraufhin soll er Frau Reinholz gefragt haben, warum sie keine Kinder habe.

Angeblich hat er Frau Reinholz dann auf das Sofa gemorren und sie zu vergewaltigen versucht.

In dieser Situation will Frau Reinholz Brandstätter einen Schlag ins Gesicht versetzt haben, so daß ihm die Nase blutete. Vor ihrer weiteren Schandung flüchtete sie schließlich in den Stall. Vor Gericht schilderte Frau Reinholz in erschütternder Weise die Szene während der Anwesenheit Brandstätters in ihrer Wohnung. In geradezu diebischer Weise habe sie Brandstätter überfallen wollen.

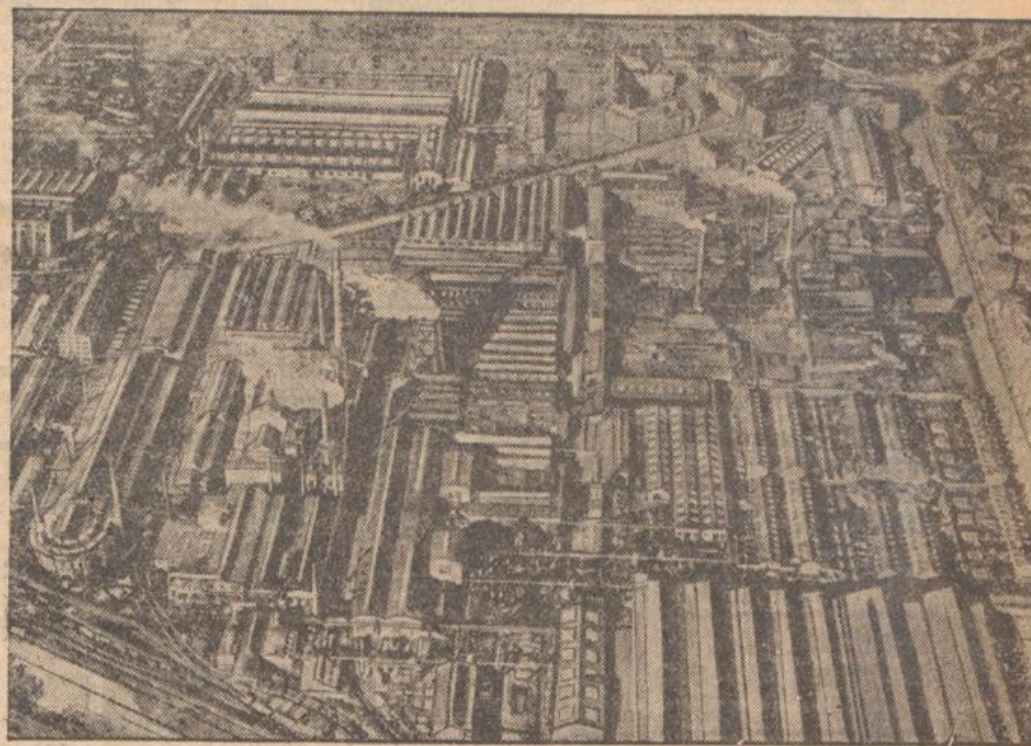
Brandstätter befand sich unter den 40 Zeugen. Er gibt im Verlauf seiner Vernehmung eine andere Darstellung über den Vorfall, während der als Zeuge vernommene Oberlandjäger Biermann erklärt, daß Brandstätter ihn vor jeder Vernehmung zu sich bestellt, informiert und angekliebt habe, auszusagen, daß er von nichts wisse. Dafür werde er Vorteile im Dienst erfahren. Im weiteren Verlauf der Vernehmung ergibt sich, daß

Brandstätter bereits wiederholt im Verdacht von Notzuchtverbrechen gestanden hat.

In einem Falle hat sich der Vergewaltigungsversuch nach der Meldung der betreffenden Frau genau so abgelehrt, wie in der Wohnung des Oberlandjägers Reinholz. In diesem Falle hat Brandstätter durch Geld die Veröffentlichung des Vorfalls unterbunden, so daß die ganze Sache totgeschwiegen wurde. Nicht weniger als fünf Landjäger haben von den von ihrem Vorgesetzten vorgenommenen Notzuchtverbrechen gewußt. Einmal hat Brandstätter einer schwächlichen Frau, die ihn, wie er angab, beschimpft haben sollte, weil er ihr eine Fensterhebe eingeschlagen hatte, eine Ohrfeige gegeben, daß sie im Gesicht blutete. Auch sonst ergab die Zeugenvernehmung noch

zahlreiches belastendes Material gegen Brandstätter,

dem ein Widerspruch nach dem anderen und eine Unrichtigkeit nach der anderen nachgewiesen wurden, so daß er schließlich erklärte: „Ich werde doch hier nicht auf das Schafott geführt“. Trotzdem wurden die Belastungen verurteilt! Gegen das Urteil wird Berufung eingelegt werden.



Zahlungseinstellung bei den Hanomag-Werken

Zustimmung der Anlagen der Hannoverischen Maschinenbau-A.G. (Hanomag).

Die infolge des dauernd sinkenden Absatzes ein gerichtliches Vergleichsverfahren mit ihren Schuldnern beantragen mußte. Die Zukunft des Unternehmens, das durch seine Kleinwagen bekannt wurde, ist noch ungewiß

Lohn auf dem Umwege über Mieten und Wohnungsbau derartige Elemente enthält.

Das bunte Durcheinander der Interessen in gemeinsamer wirtschaftspolitischer Aktivität zu vereinigen, ist eine schwierige Aufgabe. Die dafür zuständigen Organisationen besitzen häufig nicht die ausreichende Autorität. . .

Der Verein Badischer Viehhändler e. V. Karlsruhe hielt im großen Saale der Handelskammer bei Anwesenheit von ca. 200 Delegierten seine Generalversammlung ab. Bürgermeister Braumhardt-Edinaen, stellv. Vorsitzender des Verbandes, sprach über Viehhandel und Landwirtschaft. Beide seien auf Geduld und Verstand miteinander verbunden. Das laufende Jahr, so sagte er, war für den Viehhandel ein glattes Betriebsjahr und im Grenzlande Baden sei die Notlage des Viehhandels besonders groß. — Amtsgerichtsdirektor Dr. Wolfhard-Mannheim M.D. erläuterte die Bestimmungen der neuen Reichssteuerordnung hinsichtlich des Viehhandels für die Landwirtschaft. — Verbandsdirektor Becken-Handberg verbreitete sich über das Thema „Der Viehhandel und seine Sorgen“.

Soziale Rundschau

Landesverband gegen den Alkoholismus

Der Bad. Landesverband gegen den Alkoholismus e. V. hielt im „Haus der Gesundheit“ in Karlsruhe seine diesjährige Landesausschussung ab, die u. a. von Vertretern der Behörden, Gemeinden und Organisationen zahlreich besucht war. Der Vorschlag für 1932 schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 14.500 M ab. Die bisherigen Vorstandsmitglieder und diejenigen des Arbeitsausschusses wurden wiedergewählt. Korrespondent Dr. Kumann, Vorsitzender der Seifstättenskommission, berichtete über die Seifstättens-Renden, wo 1930 84 Mleglinge aufgenommen wurden. Von 1925 bis 1931 leten von den Mleglingen 48 Prozent als völlig

enthaltsam, 29 Prozent als gebessert entlassen worden, während 24 Prozent leider vielfach durch Verführung anderer rückfällig geworden seien. — Pfarrkurat Jung erstattete Bericht über die Organisation und Tätigkeit der Trinkerfürsorge. Landeswohlfahrtsrat Siegler über Aufklärungsberichte und Stadtpfarrer Hübler (Ladenburg) berichtete über die Tätigkeit des Landesauschusses für gärungslose Trichterzeugung. In der Südbühnenbewegung sei erfreulicherweise auch jetzt in Baden eine zunehmende Entwicklung festzustellen. Bei sämtlichen Trinkerfürsorgestellen sind bis zum 31. Oktober 1931 seit Bestehen rund 16.500 Trinkerfälle zur Anmeldung gekommen, für deren Behandlung namhafte Beiträge vorausgeschickt worden seien.

Auskünfte der Redaktion

R. Grünwinkel. Die Schwabenverteidigungskosten hat der Haus-eigentümer zu bezahlen. Sobald die Ausführungsbestimmungen des Bundes zu der Viehsenkung herausgegeben sind, werden wir versuchen, Ihnen eine erschöpfende Antwort zu geben.

A. 77. Ortstrichtersteuer ist ebenso pfländig wie Landeskirchensteuer.

A. W. Wöschbach. Wenn Sie nicht krank waren beim Antritt Ihrer Arbeit oder wenn Ihre jetzige Krankheit mit einer früheren Krankheit nicht zusammenhängt, so kann Ihnen die Krankenkasse Beihilfe angeben lassen. Es sind jedoch noch verschiedene andere Dinge maßgebend, so daß es unmöglich ist, ohne persönliche Rücksprache eine definitive Auskunft geben zu können. Fragen Sie einmal bei der zuständigen Krankenkasse nach.

Markenartikel. Unter den Begriff Markenartikel fallen jene Waren, die mit einem bestimmten Kennwort oder der Firmen-nennung bezeichnet sind und vor allen Dingen eine verschlossene Packung aufweisen. Auch haben die meisten Markenartikel gebundene Preise, d. h. die Fabrik oder der Hersteller bestimmt die Ein- und Verkaufspreise.

